

Stadtzeitung

für freiburg



Staatsanwaltschaft

Amtsgericht



EINIGE HUNDERT UMWELTSCHÜTZER demonstrierten am Montag, den 2. Januar vor dem Amtsgericht am Holzmarktplatz. An diesem sollte E. H. eine 16 tägige Haftstrafe antreten, oder 400 DM bezahlen, da er Genaueres über die Entwendung des Katastrophenschutzplanes im März 77 weiß, die Aussage jedoch berechtigter Weise verweigert.

Die Umweltschützer, zum Teil aus dem Elsass und der Schweiz angereist, schickten eine Delegation ins Gericht und verhandelten. **BERICHT auf SEITE 8**

Nr. 20

Januar 78

1 DM

Erinnert sich niemand?

I n j ü n g s t e r Z e i t :

Es wurden zwei Urteile gefällt. Ähnlicher Tatbestand, verschiedener Ausgang.

"Der RCDS hat einen Prozeß angestrengt gegen 10 Leute, die vor zwei Jahre dessen Veranstaltung über "sogenannte" Berufsverbote gesprengt haben sollen. Inzwischen sind die Urteile gefallen: Dreimal sieben Monate, viermal sechs Monate Gefängnis ohne Bewährung, einmal 600,- DM wegen Landesfriedensbruchs, schwerer Körperverletzung, Nötigung usw. Zwei mußten freigesprochen werden, da ihnen nicht einmal die Anwesenheit auf der Veranstaltung nachgewiesen werden konnte. Das Urteil hebt auf Gesinnung und auf das Verhalten vor Gericht ab, die Bewährung wurde versagt, weil keine Reue zu sehen sei."

Antrag des Staatsanwaltes:

9 Monate mit Bewährung

Urteil: 7 Monate ohne Bewährung

"Während des Streiks verteilte ein Student vor einem Hörsaal Flugblätter. Er blockierte weder den Eingang, noch hielt er andere davon ab, die Vorlesung zu besuchen. Der damalige Vorsitzende des RCDS Erös, kam dazu drängte den Studenten an die Wand und schlug zu. Er wurde wegen Körperverletzung und Nötigung angeklagt. Im Urteil wurde darauf hingewiesen, daß hier die Privatperson Erös und nicht die Organisation in der er ist, angeklagt sei. (Schließlich kann es jedem mal passieren, daß ihm die Hand ausrutscht, oder?)"

Antrag des Staatsanwaltes:

12 Tagessätze à 10 DM

Urteil: 6 Tagessätze à 10 DM

Wir wissen sehr genau, daß diese Gegenüberstellung niemanden empören wird. Wir gehen davon aus, daß in unserer Gesellschaft das Links-Sein an sich schon bestraft wird. Bestraft wird das Anders-Sein: Anderes Aussehen, anderes Denken und Verhalten, anderes Leben. Der Hinweis des Richters im einen Fall macht deutlich, daß ausdrücklich nur die Einzelperson und nicht seine Organisation - der RCDS - angeklagt ist. Im Urteil des anderen Falles wird genauso klar, daß die angeklagten Personen als Vertreter der ganzen Linken vor Gericht stehen.

Uns geht es nicht darum, zu lamentieren, wir wollen nicht aufzählen, wo Linke immer schlechter wegkommen als Rechte. Uns geht es darum, festzustellen, daß diese Unverhältnismäßigkeit der Urteile, die als Beispiel für viele stehen, Ausdruck sind für die politischen (Miß-)Verhältnisse in dieser Gesellschaft.

ERINNERT SICH NIEMAND??

Heute werden die Linken u.a. wegen Landesfriedensbruchs verurteilt, damals wegen Landes- und Hochverrats. Damals wie heute wurden diese Paragraphen beliebig formuliert und beliebig angewandt. Sie dienen und dienen immer noch als Instrument zur Ausschaltung jeglicher Opposition. Auch die Weimarer Republik hat ihre Verfassung solange geschützt, bis sie keine mehr hatte.

Politische Morde begangen	von Links- stehenden	von Rechts- stehenden
Gesamtzahl der Morde	22	354
Zahl der Verurteilungen	38	24
Geständige Täter freigesprochen	--	23
Geständige Täter befördert	--	3
Dauer der Einsperrung je Mord	15 Jahre	4 Monate
Zahl der Hinrichtungen	10	--
Geldstrafe je Mord	--	2 Papermark

(aus: Mickel/Kampmann/Wiegand, Politik und Gesellschaft, Hirschgraben-Verlag, Schulbuch für die Sekundarstufe II, Frankfurt 1976, S.113)

WER HAT DAMALS NICHTS GEWUSST??
WER WEISS HEUTE WIEDER NICHTS??
WER HAT SICH DAMALS GEWEHRT??
WER WEHRT SICH HEUTE??

Der Faschismus begann nicht mit der Machtübernahme. Er wurde Jahre vorher vorbereitet. Was wird heute vorbereitet? - WIR HABEN ANGST.

Heute gibt es keine Opposition mehr, denn die Unterschiede zwischen den Parteien entsprechen denen von ESSO und SHELL. Die Gleichschaltung der Presse funktioniert heute auch ohne ein Propagandaministerium, denn die Unterschiede zwischen den Zeitungen sind dieselben wie zwischen hartem und weichem Klopapier.

Wir wissen also sehr genau, daß der damalige Faschismus nicht wiederholbar ist. Der heutige wird anders aussehen - sieht anders aus.

Was ist das für eine Gesellschaft, in der eine solche Selbstkontrolle erreicht wird? Wieso kann sie sich es inzwischen leisten, ohne Goebbels auszukommen?

Heute gilt es gerade noch, ein paar kritische Intellektuelle mundtot zu machen. Dies geschieht mit legalen Mitteln (politische Prozesse, Berufsverbote usw.) und dies haben sie aus der Weimarer Republik gelernt.

WARUM LIEFERT NUR DIE GESCHICHTE DER UNTERDRÜCKUNG IMMER WIEDER BEISPIELE ZUR WIEDERHOLUNG?

WARUM SETZEN SICH NUR IHRE MITTEL DURCH UND NICHT DIE, DIE DIE UNTERDRÜCKUNG VERHINDERN?

WANN ENDLICH MACHT DIE GESCHICHTE DES WIDERSTANDS IN DER DEUTSCHEN GESCHICHTE RECHTZEITIG GESCHICHTE?

"Zuerst kamen sie, um die Kommunisten mitzunehmen;
Ich sagte nicht, denn ich war kein Kommunist.
Dann kamen sie, um die Arbeiter, die Mitglieder der Gewerkschaften mitzunehmen; ich sagte nichts, denn ich war kein Mitglied der Gewerkschaften. Danach kamen sie, um die Katholiken und die Juden mitzunehmen; ich sagte nichts, denn ich war Protestant. Schließlich kamen sie, um mich mitzunehmen, und niemand war übrig um zu sprechen....."

(Pastor Niemöller)

Lang hat's gedauert, doch jetzt haben wir es (fast) geschafft. Wenn wir den Auszug vom Handelsregister bekommen, ist die GmbH-Gründung perfekt, das Tüpfelchen auf das berühmte i gesetzt

-könnte man meinen, denn eigentlich geht es uns ja um die inhaltliche und organisatorische Verbesserung des Zeitungsmachens.

So haben wir lange diskutiert, Für und Wider abgewogen:

Szene aus dem Stadtzeitungsalltag:

Montagsplenum
"... nichts anderes im Kopf als die heisse Diskussion beim Plenum am letzten Montag."



Wollen wir unsere politische Arbeit weiter machen wie bisher, ohne Rechtsform, dafür aber ungebounden und "frei"? Wenn wir eine Rechtsform annehmen, passen wir uns nicht den bürgerlichen und kapitalistischen Gegebenheiten an und unterwerfen uns ihnen? Gehen unsere politischen Ansprüche und Ziele nicht den Bach 'runter, wenn wir diesen Schritt tun?

Konkret: Bringt eine Rechtsform nicht eine zunehmende Bürokratisierung ebenso mit sich wie Arbeitsteilung, wodurch kollektives Schaffen und unser Spass daran verdrängt werden?

Die Auseinandersetzung um diese Fragen haben wir geführt, indem wir unsere Ansprüche (und ihre Wandlung) verglichen mit den Ergebnissen und Entwicklungen seit 20 Ausgaben Stadtzeitung: das Produkt, die Zeitung; die Reaktionen der Leser und der Öffentlichkeit, aber nicht zuletzt auch innerhalb des Kollektives.

Unsere Ansprüche, die wir mit der Stadtzeitung verbinden, sind in der 0-Nummer vom Mai 76 beschrieben:
-Gegenöffentlichkeit schaffen
-Betroffene zu Wort kommen lassen
-Kommunikation verbessern
-Forum für politische Gruppen in den Bereichen: Gewerkschaften, Knast, Recht/Repression, Zensur 38a usw, Regional- und Stadtplanung, Frauen, Ausländer, Bildung(Schule Uni), Jugend KKW, Kultur.

Sehr bald bewies die Erfahrung jedoch, dass die Erfüllung dieser Ansprüche gar nicht so einfach ist. Wir stiessen an unsere eigenen Grenzen: Die Stadtzeitung wurde und wird in der Freizeit hergestellt. Und ein Grossteil dieser Zeit geht mit zweit-rangig erscheinenden Aufgaben "verloren": Lay out, Zeitung legen, ausliefern u. a. m.

Inhaltliche Aspekte des Zeitungsmachens aber auch persönliche Interessen wurden auf diese Weise oft vernachlässigt. Ein Schleier von Unzufriedenheit hat sich trotz viel Spasses und positiver Erfahrungen über uns und über die Zeitung gebreitet. Wie oft stand da "Fortsetzung folgt"unter einem Artikel, die dann nie erschienen.

HAUSMITTEILUNG

So oft blieb ein Thema mangelhaft recherchiert, obwohl doch noch so viel zu sagen war. Und so oft blieb ein Thema gänzlich unerwähnt, weil wir einfach keine Zeit hatten, der Sache nachzugehen, aber auch, weil niemand zu uns kam, um darüber was zu schreiben. Der Vorwurf: Sponti-Blättle ist wohl häufig nicht unberechtigt. Und dann, von den Tip- und sonstigen lay-out - Fehlern mal abgesehen, haben die Leser nicht Recht, die uns enttäuscht/empört schriebten: "... alles so trocken, ... mehr Humor und Witz.

Zwischen uns sah es zeitweilig so aus: Du triffst einen "von der Stadtzeitung", einfach so, und hast vor lauter Stadtzeitung nichts anderes im Kopf, als die heisse Diskussion beim Plenum am letzten Montag.

Da hat sich in verschiedener Hinsicht im Lauf der Zeit einiges getan. Unsere Überlegungen und Gespräche darüber Wie's bisher lief, aber auch schief lief, lassen sich etwa so zusammenfassen:

- Unser früherer Anspruch, dass jeder alles machen kann, ist unerfüllbar und oft fehl am Platze. Er führt häufig zu Unsicherheit beim Einzelnen und dazu, dass niemand sich zuständig fühlt. Ausserdem, wer blickt schon überall durch?
- Die Organisatorischen Dinge, die gemacht werden müssen, behindern uns bei der inhaltlichen Arbeit; zudem hat uns die schlechte Organisation einen Schuldenberg eingebracht.
- Viele Leute, die zu uns kommen, gehen bald wieder, da wir mit unser Fachsimepel nicht in der Lage sind, sie mit einzubeziehen. Die Kontakte zu politischen Gruppen und aktiven Leuten laufen nur sporadisch. Es besteht die Gefahr, in die Zeitungsmacher-Isolation zu geraten.
- Öffentlichkeitsarbeit verlangt Verbindlichkeit. Abgesehen von unvollständigen Recherchen u. s. w., was passiert wenn jemand uns durchaus verbindlich z. B. mit einem Prozess in die Pfanne haut? Zu oft spielen wir Zeitung.

Nun versuchen wir die Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen zu ziehen: Wenn eine Zeitung machen, dann auch richtig. Hier ein wenig ausführlicher, was in der letzten Hausmitteilung bereits angerissen wurde, die vorläufigen Ergebnisse unserer Diskussion, die wir intensiver als bisher weiter führen wollen, auch und gerade öffentlich:
- Der organisatorische Bereich soll von zunächst zwei Leuten abgedeckt werden, die halbtags arbeiten. Dadurch sollen die anderen Mitarbeiter entlastet werden.
- Eine kontinuierliche politische themenbezogene Arbeit wollen wir durch Arbeitsgruppen erreichen, auch einzelne Leute können Themenbereiche übernehmen. Die Bereiche sind bereits oben wie in der 0-Nummer beschrieben und

können nach Lust und Interesse ergänzt werden.

-Ein Archiv ist bereits im Aufbau.
-Wir wollen, wenn's geht, politische Gruppen und andere Leute ansprechen und versprechen uns davon, dass die Stadtzeitung mehr als bisher zum Forum wird.

- Um breitere Diskussionen zu ermöglichen, planen wir Veranstaltungen und Feste.

-Eine wichtige Voraussetzung ist, dass wir regelmässig erreichbar sind. Unser Büro in der Escholzstrasse ist deshalb ab Januar von montags bis freitags täglich von

10 - 13 Uhr

ausserdem

dienstags, donnerstags und freitags von

17 - 19 Uhr geöffnet.

- Als äusseren Rahmen haben wir die "Stadtzeitung für Freiburg Verlag GmbH" gegründet. Sie bietet uns die Vorteile der beschränkten Haftung, der steuerrechtlichen Absicherung und die Möglichkeit, Leute einstellen zu können.

Das klingt soweit alles ganz gut, vor allem die Vorsätze und Vorsätze klingen ja immer gut.

Okay

Öffentlichkeitsarbeit wie Zeitungmachen, Gegenöffentlichkeitsarbeit schaffen usw., geschieht nicht im luftleeren Raum, sondern erhält seine Notwendigkeit und Wichtigkeit aus der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit, in



der wir alle leben, der wir ausgesetzt sind. Nicht irgendwo da oben, sondern hier in Freiburg, in unserem Lebensbereich.

Zeitungmachen heisst, nicht alles mit sich geschehen lassen, sondern unsere Vorstellungen einbringen, zur Diskussion stellen, selber was machen.

Dieses "wir" beschränkt sich nicht auf uns "Zeitungsmacher", uns Typen von der Stadtzeitung oder so. Zeitungmachen macht Spass. Aber so richtig lebt die ganze Sache, wenn wir nicht so vor uns hin wurschteln, sondern, so zeigt es die Erfahrung, wenn wir 'rausgehen zu einem und sagen: "Du hast doch Ahnung von... Hast Du nicht Lust...?" Oder besser: Wenn da jemand kommt: "Mir ist da neulich was aufgefallen, ich meine dazu... dieses Problem brennt mir schon lange unter den Nägeln... hab mal was dazu geschrieben. Können wir doch mal drüber reden, nicht?"

rudi ratlos meint zur



VETTERLIWIRTSCHAFT

RUDI RATLOS hat zum Neuen Jahr gute Vorsätze. Weiss er doch, dass er im alten nicht immer zu allen Leuten gleich freundlich gewesen, ja, dass er eben überhaupt oftmals ein arger Schelm sein kann. Drum gelobt er dem Leser von Herzen Besserung. Und fängt auch gleich damit an: So wird er um nichts, aber auch gar nichts in der Welt noch einmal davon sprechen oder schreiben: "Im Zusammenhang mit der Vergabe der Sonder-nutzungserlaubnis für den Betrieb des Partnerschaftsstandes Besançon in der Rathausgasse handele es sich um einen neuen Fall kommunaler Vetterles-Wirtschaft". (BZ, 16. 12. 77)

- RUDI RATLOS tuts nicht, weil er die vom Landgericht Freiburg ange-drohte Ordnungsstrafe von 500 000 Deutschen Mark fürchten tät; so viel wärs ihm schon wert. Und Partner-schaft ist ja was Schönes und Gutes und manchmal ruht darauf ein rechter Segen. Auch könnte RUDI RATLOS den Betrag leicht mit gut erhaltenem Not-geld aus den Goldenen Zwanziger Jah-ren begleichen.

- RUDI RATLOS tuts auch nicht des-wegen, weil die FREIBURGER BÜR-GERINITIATIVE meint: Wer selbst von Begünstigung anderer Konkurren-ten spreche, der ... usw., Sie wissen schon. Aber aber, meint er, von der Begünstigung zur... (er sagts nicht mehr!) ist es doch ein weiter Schritt- so weit wie von Besançon bis Freiburg vielleicht nicht, aber vielleicht so weit wie von der Rathausgasse zum Rathaus, und das ist, wie mans nimmt, manch-

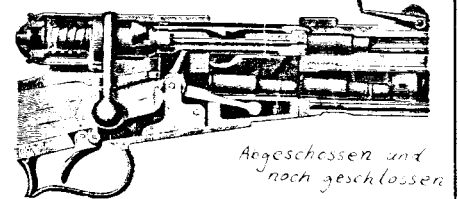
mal sehr sehr weit. Kurzum: RUDI RATLOS hat garnichts gegen nahrhafte Partnerschaft.

Ihm gehts um die gute Deutsche Spra-che. VETTERLESWIRTSCHAFT ist nämlich ein ganz falscher Begriff. VETTER - das ist bei uns zulande Ge-schwisterkind, auch Kousin genannt (weibl.: Base oder Muhme). VETTER kann auch jeder entferntere Verwandte sein. Fürsten reden sich mit diesem Titel an ("Herr Vetter"). Woher kommt nun der Ausdruck?



Mit weggelassenem Schlagfedergehäuse, gespannt und zum Laden geöffnet.

Fig. 18. System Vetterli (Italien)



Angeschossen und noch geschlossen

Fig. 19. Vetterli-Repetiergewehr (Schweiz)

Der Schweizer Büchsenmacher Fried- rich Vetterli (1822-1882) war Kon- strukteur des Magazingewehrs und des Einladers; das später sehr berühr- te VETTERLI-Gewehr wurde in Bres- cia und Neapel produziert. Es hat nur zwei Griffe. Diese werden durch links aufstellen und Rechtsdrehen des sog. Nusshebels bedient (siehe Abb.). Die VETTERLI-Gewehre funktionier- ten nicht so recht. Es gab anfangs Rückschläge und Fehlschüsse, Quer- schläger usw. So kam es, dass man bald von der VETTERLISCHEN Waf- fenfabrik als der VETTERLI-WIRT- SCHAFT sprach, zugegeben etwas ab- schätzig. Über Italien und die Schweiz gelangte das Wort dann mit der als- baldigen Verbreitung der handlichen und beliebten Feuerwaffe nach Deutsch- land. Hier veränderte sich zwar nicht die Waffe, aber das welsche Endungs- "i" wandelte sich in das gutdeutsche "es". Und so spricht man eben heute gelegentlich von VETTERLES-WIRT- SCHAFT, wenn irgendetwas nicht ganz so geschmiert geht, wie es ei- gentlich sollte. UND nur der Sprach- forscher weiss noch, woher es kommt. Mit dubiosen Verwandtschaftssachen hats aber auch schon gar nichts zu tun. Darum: So wie niemand zwei Herren dienen kann, so will sich auch RUDI RATLOS im neuen Jahr nicht mehr in fremde Händel mischen. Wie leicht kommt man da mal an den Un- rechten. Ausserdem ist es sehr un- artig seine Nase in fremde Familien- angelegenheiten zu stecken.

MERKE: Und wer den Papst zum Vet- ter hat, kann Kardinal noch werden. (Studentenlied: Die Vigolinen)

Inhalt:

FREIBURG:		FRAUEN:	
Kein Abriss der Erbprinzenstraße 19		Streit um den Frauen-Kalender	28
Häuserkampf im Regierungspräsidium	22		
Der Freiau Prozess	8	RECHT:	
Siedlung am Auggener Weg:		Juristen-Gruppe law out:	
Bochumer Elterninitiative in Freiburg	21	Zum Kontaktsperregesetz	19
		PSYCHIATRIE:	
FREIBURGER INITIATIVEN:		Die Entlassung aus dem Ghetto	
Badischer Mieterring:		Psychiatrie in Italien	23
Hilfe ich bin Sozialmieter!	4	(aus Sozialmagazin)	
Arbeitskreis Strafvollzug:		POLITISCHE LYRIK:	
Seit 6 Jahren aktiv	9	Peter-Paul Zahl	25
		Peter Maiwald Erich Fried,	28
FBI/BU:		VERANSTALTUNGEN:	13
Das Würstchen wird nicht kalt		KLEINANZEIGEN:	10 27
Presseerklärungen und Hintergründe	11		
REGIONALES:			
1848/49 letzte Folge	17		
und Ergänzungen eines Lesers			
Das Dreiecksland	26		
MEDIEN:			
Schwarzsender in Baden-Baden			
entdeckt! - Der Fall Pit Klein			
und die Praktiken beim SWF	5		

Impressum

Initiative STADTZEITUNG FÜR
FREIBURG
Eschholzstrasse 65

V. i. S. d. P.: Cornelia Beck
Elsässerstr. 43
78Freiburg

Druck: BUNDSCHUH, WILHELMSTR
Wilhelmstrasse 15
gedruckt auf umweltfreundlichem
Papier

Bürozeiten: Mo-Fr.: 10 - 13 Uhr
und Di, Do, Fr : 17 - 19 Uhr

Plenum: montags 20 Uhr
Redaktion: freitags 20 Uhr
Bankverbindung: Öffentliche Sparkasse
Freiburg, Konto-Nr. 1842061
(Maria Viethen)

Redaktionsschluss für die nächste
Ausgabe: 20. 1. 78!!!!

Die Februar -Ausgabe erscheint nicht
vor dem 3. 2. 78, also nicht die Kioske
stürmen, bevor die Zeitung da ist, son-
dern ganz vorsichtig anschleichen!

Hilfe - Ich bin Sozialmieter

Ein Gespenst geht um innerhalb der Selz-Gruppe. Ein Gespenst, das es nach den Veröffentlichungen in der Badischen Zeitung überhaupt nicht gibt! Dort heisst es ausdrücklich, dass die Abteilung Hausverwaltung mit der allgemeinen Selzpleite nichts zu tun habe. Demnach dürfe--und solle es wohl-- unter den Mietern keine Beunruhigung geben.

Man soll wohl nicht beunruhigt sein, wenn man als Mieter davor zittern muss, dass einem das Dach, sprich Wohnung, über dem Kopf wegversteigert wird. Das Motto: "Ein Mieterhai ist nicht schlimmer als der andere," soll wohl zur Beruhigung der Mieter beitragen.

sicher nicht davon auszugehen, dass der in der Schweiz lauernde Pleittier Selz, die Kauttionen auf den Neuerwerber überträgt. Der Mieter hätte später zwar noch einen Anspruch an Alois Selz, -aber der rückt bestimmt keine Mark raus!! In der Schweiz ist er kaum belangbar. Das Geld wäre futsch.

Retten kann man sein Geld aber noch, wenn man als Mieter einer geförderten Wohnung den §10 der Neubaumietenverordnung 1970 in Anspruch nimmt. Wie es ausdrücklich vorgeschrieben, dass der Mieter ein "Mitverfügung-recht" über die hinterlegte Kauttion hat.

mit Sperrvermerk ein. Dadurch ist das Sicherheitsbedürfnis des Vermieters abgedeckt, aber er kommt jetzt ohne Einverständnis des Mieters nicht mehr an das Geld heran. Nun wird der Vermieter aufgefordert, die bei ihm liegende Barkauttion rückzuzahlen. Tut er dies innerhalb einer bestimmten Frist nicht, behält der Mieter den Betrag von der nachfolgenden Mietzahlung ein. Er hat ja jetzt zwei Sicherheiten geleistet, macht von seinem Recht der Mitverfügung Gebrauch, und verlangt die Barkauttion zurück. Dem Vermieter auch wenn dieser wütend protestiert und droht, entsteht hierdurch kein "Schaden", da sein ihm zustehendes Sicherheitsbedürfnis weiter abgedeckt ist. Sein eigenes Geld hat der Mieter aber vor der Pleite gerettet.

Wie begründet eine gehörige Portion Misstrauen gegenüber dem Selz Konzern ist, kann auch noch an einem weiteren Beispiel aufgezeichnet werden. Bereits vor zwei Jahren verlangte eine grosse Freiburger Bank, dass die einzelnen Mieter von drei Selzhäusern keinesfalls die monatliche Miete einfach dem Selz überweisen, sondern diese auf ein Sonderkonto einzubezahlen haben. Auf ein Konto -wo zuerst die Bank den Zugriff hat. Dort haben anscheinend misstrauische Bankmensen die nun eingetroffene Pleite vorausgesehen und sich abgesichert.

Wenn der Sozialmieter sich nun ebenfalls absichern will, holt man jetzt bei Selz den Vergleichsverwalter hervor, der den Mietern den Teufel an die Wand malt. Wenn der Geschäftsführer der Hausverwaltung Selz (Sohn Hans-Joachim) weiterhin als honorierter Geschäftsmann angesehen werden möchte, sollte er sofort öffentlich erklären, dass durch die Flucht seines Vaters kein Mieter im sozialen Wohnungsbau seine Kauttion verliert.



Das Gespenst, das nun nicht mehr länger zu verheimlichen ist, nennt sich "Vergleichsverwalter". Denn jetzt ist er da. Zu einem Aufruf des "Eadischen Mieterrings e.V." in welchem dieser die Mieter darauf hinwies, dass die hinterlegten Kauttionen in höchstem Masse gefährdet seien, erklärte der eingesetzte Vergleichsverwalter, dass den Mietern, die ihre Kauttionen noch retten wollen, eventuell die Zentralheizung und die Warmwasserversorgung abgedreht würde. Was führte zu dieser, absolut unzulässigen Drohung?

Der "Badische Mieterring e.V." empfahl unmittelbar nach Bekanntgabe der Selzpleite seinen Mitgliedern, die zum Teil in Häusern der Selzgruppe wohnen, die öffentlich gefördert und persönliches Eigentum des Pleittiers Alois Selz sind (Grossobjekte, wie in der Auwaldstr. 3 und der Kellerstr. 40/42) die hinterlegten Kauttionen, in der Regel sind dies immerhin drei Monatsmieten, abzusichern. Diese Absicherung ist deshalb dringend zu empfehlen, da diese Gelder dem Mieter ersatzlos verlorengehen, wenn das Mietshaus unter den "Hammer" fällt und von einem neuen Besitzer übernommen würde. Es ist

Diese Mitverfügung nahm der "Badische Mieterring" nun für seine Mitglieder in Anspruch. Der Mieter richtet ein Sperrkonto, oder Sparbuch

Kneipe im Stühlinger

Ecke Eschholz Engelherstraße

Ratten Spiegel

Frühstück für 2,60 ab 9⁰⁰

EX Pils Alt vom Fass!



Ab Januar: Jede Woche Film

1. Jan. Woche HARLIS

täglich geöffnet von 9 - 24⁰⁰
 Sonntags von 18 - 24⁰⁰
 Samstags bis 7⁰⁰

Schwarzsender im Schwarzwald- kurort Baden-Baden entdeckt

... "Ach in dem Haus sitzt eine greuliche Hexe, die hat mich angehaucht und mit ihren langen Fingern mir das Gesicht zerkratzt, und vor der Tür steht ein Mann mit einem Messer, der hat mich ins Bein gestochen, und auf dem Hof liegt ein schwarzes Ungetüm, das hat mit einer Holzkeule auf mich losgeschlagen, und oben auf dem Dach sitzt der Richter, der rief: "Bringt mir den Schelm her." " Da machte ich, dass ich fortkam.

Die Bremer Stadtmusikanten



Vor weniger als einem Jahr residierte im Südwestfunk Baden-Baden (SWF) noch der Intendant Helmut Hammerschmidt (CDU) nach Art eines Duodezfürsten. Damals sprach man vom Schwarz-Weiss-Funk: Licht und Schatten wechselten im Programm und in der Personalpolitik. Zunehmende Distanz zur eigenen Partei, zu Kohl und Filbinger, private Affairen und politische Ränke standen Hammerschmidts Wiederwahl entgegen.

Heute gedenken manche in Nostalgie der guten alten Zeit - mag sie auch durch zeitliche Distanz sich verklären. Heute droht nämlich Hörern und Sehern im Südwesten, was die Frankfurter Allgemeine Zeitung satirisch nur für Weihnachten prophezeite:

EINE SCHWARZE MATTSCHIEBE IM GANZEN JAHR

Das macht: der Mainzer CDU-Staatskanzlist Willibald Hilf regiert als Intendant, CDU-Mitglied Dr. Alois Rummel schaltet im Hörfunk, Felix Schmidt, früher "Welt am Sonntag", partei- aber nicht richtungslos, waltet als Fernsehdirektor. Kritiker meinen: die tiefschwarzen Seiten der Anstalt des öffentlichen Rechts sind seitdem noch etwas nachgedunkelt. Und die weissen Flecken - das sei die politische Zensur.

Recherchen über den neuen Schwarzsender in der Kurstadt "Baden-Baden mit Niveau" (Anzeigentext) sind schwer. Anfang Dezember spiesste die BADISCHE ZEITUNG, sonst dem Sender gegenüber von wohlwollender Distanz, die Affaire Pit KLEIN und andere "Massnahmen" der neuen Führungstroika auf. Regionale und überregionale Blätter klappten nach. In Baden-Baden aber ging man nach aussen hin auf Tauchstation. Niemand ist gern zu Auskünften bereit, beredete Redakteure verstummen bei Journalisten, man hat keine Zeit, keine Ahnung, verweist auf die Pressestelle, kurz: der SWF will wieder aus den Schlagzeilen heraus. Und auch der Freiburger Rechtsanwalt v. Olenhusen, Rechtsvertreter einer Reihe von Mitarbeitern gegen den SWF, will "im Interesse der Mandanten" zur Zeit jedenfalls zu den Prozessen "keinen Kommentar" geben. Die STADTZEITUNG hat dennoch etwas zusammengetragen.

I KEIN KOMMENTAR

--- Keine Kommentare mehr liefert Dr. Hanno Kühnert, politischer Redakteur bei der BZ, beim SWF ab. Dr. Rummel (im Hausjargon: "Rummelstilzchen" oder "His master's voice") legte der Redaktion seine Nicht-mehr-weiter-Beschäftigung nahe. Der liberale Kühnert hatte zum Stammheim-Prozess Kritisches zu sagen gewagt: über Behinderung der Verteidigung und über den Fall des Bundesrichters Mayer (der dem WELT-Chef Kremp unerlaubt Kopien aus Akten des Prozesses zugespielt hatte).

--- Rummel stoppte einen Beitrag der Theologin Dorothea Sölle mit einer Kritik am "Konsumterror und Demokratieverständnis in der Bundesrepublik"

--- Ein Beitrag von Prof. Walter Jens, Tübingen, zur Sympathisanten-Frage wurde abgesetzt, dann verschoben.

--- Andere Beiträge von Mitarbeitern werden von Rummel nach einem undurchschaubaren System und von Fall zu Fall baanstandet. Bei der Vielzahl der Fälle wird ein Grundmuster deutlich. Die Quantität schlägt um in Qualität - der SWF geht auf konservativen Kurs.

--- Rummels letzter Streich: Mikrofonverbot für den beliebten Moderator Pit Klein, "Kodderschnauze" mit rheinischen Frohsinn. Betriebsleitung und Rummel waren durch eine Glosse über den Umzug des SWF in ein neues Gebäude in ihrer Ehre verletzt. Hilf spendierte den populären Redakteur.

Ein Ordnungsverfahren nahm seinen Lauf. Öffentliche Kritik wurde laut. Sie nahm sich Rummel als Zielscheibe. Da brachte dieser ein Kunststück fertig: wie Rumpelstilzchen riss er sich selbst mitten entzwei und war von Stunde an nicht mehr persönlich beleidigt, nur noch als Mitglied der Betriebsleitung. Klein moderiert wieder - moderat, ihm droht ein Verweis oder Schlimmeres.

II SECHS GLOSSEN VON PETER KLEIN: EIN MÖBELPACKER PACKT AUS

Die Glossen Pit Kleins vom 9. und 10. 11. 77 sind hier abgedruckt.

"EIN FUNKHAUS ZIEHT UM "
(Ein Möbelpacker)

1

LUFTSCHLANGEN ALS PROGRAMM- RICHTLINIEN

"Es ist ein merkwürdiger Umzug, den ich da mache. Als Möbelpacker ist man einiges gewohnt. Hier ist alles ganz sauber und riecht nicht; und hat sowas Nüchternes. Das meiste ist in Kisten verpackt. Die kann man gut tragen, das sind keine Klaviere. Komisch, dass trotzdem, wenn man so eine Kiste auf den Ast nimmt und ein Redakteur reißt ängstlich die Augen auf, damit einem das Ding nicht runterfällt. Der hängt an der Kiste, hat man das Gefühl. Das kann ich ja noch verstehen. Aber die Kiste mit den Luftschnagen und Konfetti will mir nicht in den Kopf. Da stand ein Karton noch auf und ich gucke rein, und was seh ich: Luftschnagen! Voll mit Luftschnagen und Konfetti. Ich habe einen Redakteur gefragt, wo die denn hin sollen, aber der hat das nicht gewusst. Vielleicht ins neue Pfortnerhäuschen, habe ich vorgeschlagen, damit es freundlich und bunt aussieht. Einladend wie ein offenes Haus. Aber der Redakteur hat gesagt, das könne er sich nicht vorstellen. Luftschnagen sind fürs Programm, nicht für die Pforte, hat er gesagt. Und dann hat er mich zum Programmdirektor vom Radio geschickt, da habe ich die Kiste abgegeben. Mit einem schönen Gruss vom Redakteur - den Namen weiss ich nicht mehr - das seien die Richtlinien für ein neues Programm aus neuem Hause. Die beim Programmdirektor haben die Kiste schon vermisst gehabt, und sich richtig gefreut, wie ich damit ankam."



2
VOM FUNKELNAGELNEUEN
RUDERBOOT

"Manchmal erinnert mich dieser Südwestfunk-Umzug an eine Zeit, als ich noch zur Schule ging. Da kam ein neuer Direktor und der liess uns alle auf dem Hofe antreten, im Viereck. Mitten in dem Viereck stand der neue Direktor und neben ihm lag ein funkelnagelneues Ruderboot. Der Mann hat dann eine Rede gehalten, hat was von dem grossen Ziel des Lernens erzählt und dass ab jetzt ein neuer Wind weht. Dann hat er eine Flasche Sekt genommen und am Boot zerklopft. Das Boot wurde TAIFUN genannt und war als Zeichen der Freundschaft zwischen dem neuen Direktor und uns gedächt. Dabei hatte er keinen Pfennig für das Boot bezahlt. Das kam vom Ministerium - also vom Steuerzahler. Aber viele sind nach Hause gegangen und haben gesagt, der neue Direktor hat uns ein Ruderboot geschenkt. Ich meine, ich bin nur ein Möbelpacker und vielleicht sehe ich das nicht richtig. Aber einige von den Redakteuren sehen in dem neuen Funkhaus sowas wie ein neues Ruderboot, das ihnen der neue Intendant geschenkt hat. Und setzen sich rein und rudern besonders dankbar und besonders vorsichtig."



3
DIE AUSGEWOGENE KARTOFFEL-
WAAGE DES INTENDANTEN

Im Keller des alten Funkhauses stand noch eine schöne alte Kartoffelwaage. Da kamen einmal in der Woche alle Beiträge drauf. Die Beiträge, die den Hörer liebevoll bei der Hand nehmen und diejenigen, die ihm Spass am Nachdenken machen. Das sind jetzt nicht meine Worte, das hat mir ein Redakteur erklart, als wir zusammen vor dem Ding standen und ich fragte, ob das auch ins neue Funkhaus gebracht werden sollte. O nein, sagte der Redakteur, auf diese Waage kamen früher alle Beiträge einer Woche, die erbauenden und die kritischen. Und wenn die erbauenden schwerer waren - sie waren es meistens - dann war das die Ausgewogenheit, und ich erfuhr, dass im neuen Funkhaus jeder Redakteur seine eigene Briefwaage hat, auf der nicht nur jeder Beitrag, sondern auch jede Zeile ausgewogen werden kann. So wird jeder Beitrag ganz von alleine immer etwas erbauender als kritisch sein. Das ist dann die neue Ausgewogenheit. Die alte Kartoffelwaage habe ich ins Vorzimmer des Intendanten geschleppt, zur Erinnerung an überwundene Zeiten.

4
DER INTENDANT-RADIKAL INMITTEN
DER ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN
ANSTALT

Einem Möbelpacker kann ein Mann von Rundfunk viel erzählen. Aber mit Gewichten kenne ich mich aus. Da kann ich zwischen einem Nähkästchen und einem Kleiderschrank, massiv Eiche mit Spiegel, gut unterscheiden. Und auch der Unterschied zwischen dem Erdgeschoss und dem 6. Stockwerk ist mir stets unvergesslich geblieben. Also war ich schon einigermaßen erstaunt, als mir ein Abteilungsleiter zwei Blätter Papier in die Hände legte - eines in die linke, eines in die rechte Hand - und mich fragte, welches Blatt schwerer sei. Ich dachte erst, er will mich veräppeln. Aber dann fiel mir unser Abteilungsleiter ein, der kann weder ein Klavier tragen, noch hat er Humor. Ich wog die beiden Blätter also ganz aufmerksam und stellte fest, kein Gewichtsunterschied. Da wurde der Abteilungsleiter richtig ärgerlich und sagte, ich soll doch mal lesen, was auf den Blättern draufsteht. Mir war zwar nicht klar, was das mit dem Gewicht zu tun hatte, aber ich las. Auf dem einen Blatt stand: Wegen Werken werden Wege weggeleitet. Und auf dem andern: Kobold kommt konkurrenzlos zu kurz. Aha, sagte ich, das muss der Abteilungsleiter völlig missverstanden haben, denn er fing an, sich fürchterlich zu freuen. Sehen sie, sagte er fröhlich, ich wusste, dass sie es merken. Dass ich was merke, fragte ich ziemlich dumm. Dass das Blatt mit dem Kobold schwerer ist, sagte er fast verzweifelt. Ich habe das bis heute nicht begriffen, aber der Mann hat sich wirklich alle Mühe gegeben, mir, einem Möbelpacker, die Sache klarzumachen. Wahrscheinlich ist es so: Der Mann will irgendwann einmal im neuen Funkhaus eine schöne Rede halten. Besonders an den Intendanten hin. Und weil der Intendant von der Mitte so radikal begeistert ist, will ihm der Abteilungsleiter etwas sagen, was ein radikal mittleres Gewicht hat. Ein O ist zu schwer. Ein U auch. Ein I ist zu leicht. Also muss es eine Rede auf I sein. Und - so stellte ich mir das vor, der Abteilungsleiter wird seine Rede haben, die dann so anfängt: Wegen Werken werden Wege weggeleitet. Und der Intendant wird eine ganz radikale Freude haben.

5
VON RINGELTAUBEN, FUSSANGELN,
TENNISBÄLLEN UND ANDEREM
BLÖDSINN.

"Was ich als Möbelpacker so mitbekommen habe, wenn ich meine Kisten durch die neuen Gänge des neuen Funkhauses schleppte, das war alles sehr zufrieden. Und auch jetzt gibt es eigentlich nur die Teppichböden, die ein bisschen komisch sind. Gleich wenn man reinkommt sind da ganz bunte Ringe. Ich habe gehört, wie ein paar Redakteure sagten, dass das Fussangeln sind, die von den neuen Chefs ausgelegt worden sind. Andere meinten, das sei wie bei den Tauben. Nicht ganz so, aber ungefähr, dass nämlich, wer einen Fehltritt tut, so ein Ding am Bein hat und als Ringeltauben bei anderen Rundfunkanstalten angeboten wird. Das ist natürlich Blödsinn, aber an jedem Blödsinn ist ja was dran. Und so weiss ich wirklich nicht genau, ob man das meinen kann, was da durch die Blume gesagt wurde. Ob es nun auch stimmt, kann ich als Möbelpacker nicht sagen. Aber ich habe zum Beispiel den neuen Intendanten mit seinen Referenten gesehen, wie sie alle versuchen, Tennisbälle mitten in die Ringe auf dem Teppich zu rollen. Dabei hielten sie sich sehr lange in dem Raum am Eingang auf und wechselten auch das eine oder andere freundliche Wort mit dem Pförtner. Also ich finde, da hat der Kringelteppich auch einen ganz schönen sozialen Sinn. Mir als Möbelpacker hat er sehr geholfen. Er ist mir richtig in die Beine gefahren, ich bin darüber weggesaut wie manche Leute über brennende Kohlen hechein. Es ist aber nichts passiert. Ich weiss nicht, worauf Redakteure achten müssen. Wir Möbelpacker haben einen ganz grossen Ehrgeiz: dass möglichst nichts kaputt geht."



Glosse 4 wurde nicht gesendet. Glosse 3 veranlasste Hilf, Kleins allzu grossen Freiraum vor versammelter Hörfunkmannschaft zu kritisieren. Mikrofonverbot und Suspendierung erhielt Klein für die



DER SWF ZIEHT UM

*Diesen Umzug habe ich als Journalist gesehen, als einer, der sieht und hört und zu beschreiben versucht, insbesondere wenn er darauf aufmerksam gemacht wird bzw. wenn er aufgefordert wird. Dass dabei hin und wieder etwas daneben geht, liegt in der Natur von Versuchen.

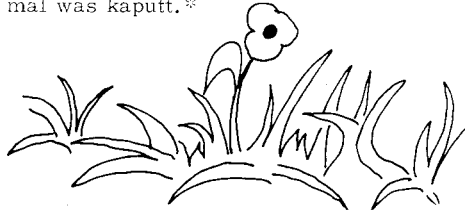
Dieser Umzug erfolgte in einer Zeit, in der neue Männer die Leitung des Hauses übernommen haben und dieser Umstand erinnerte mich an meine Schulzeit.

Wir hatten einen neuen Direktor bekommen. Und dieser Direktor liess sämtliche Schüler und Lehrer auf dem Schulhof antreten. Vielleicht machte dies auch nur den Eindruck auf uns, als sei es ein Antreten. Jedenfalls mussten wir uns im Viereck auf dem Schulhof aufstellen, versammeln. Und in diesem Viereck, das wir da bildeten, lag ein funkelndes neues Ruderboot. Nachdem wir eine Weile das glänzende Ding betrachtet hatten, trat der neue Direktor neben dasselbe und hielt eine Rede. Es war wie das bei solchen Anlässen so üblich ist eine feierliche Rede. Eine Rede vom Geschenk der Schule und vom Leben, von einem gesunden Geist in einem gesunden Körper und auch davon dass ab jetzt ein neuer Wind wehe. Das machte der Direktor dann dadurch deutlich, dass er sich reichlich in alle Himmelsrichtungen wendete, wohl um zu demonstrieren, dass man die Wahrheit auch gegen den Wind schreiben muss. Was mich angeht, jedoch mit dem zweifelhaften Ergebnis, dass ich fortwährend an einen Wetterhahn erinnert wurde, der sich stets mit dem Wind dreht und wendet und dann nicht mal die Wahrheit, die grade dran ist, schreit, sondern nur Kikeriki, bildlich gesprochen.

Ich muss gestehen, dass mir diese Erinnerung nicht angenehm ist, dass also auch dieser Umzug, wenn er solche Erinnerungen auslöst, von mir mit aller Energie so gesehen werden muss, wie er tatsächlich ist, der Umzug in neue Arbeitsbedingungen, die es ermöglichen, unsere Aufgaben noch besser zu erfüllen, als das unter schlechteren Bedingungen manchmal möglich war. Ich muss also energisch dagegen angehen, dass ich mir vorkomme, wie ei-

ner, der in ein neues Ruderboot gesetzt wird, wo er so vorsichtig und so dankbar rudert, wie derjenige, der einem das Ruderboot anscheinend geschenkt hat, es erwarten könnte.

Sollte dieser Versuch, den SWF-Umzug zu sehen und zu deuten, daneben gegangen sein, bei einem Umzug geht immer mal was kaputt.*



Nach dieser Glosse begann die
SUCHE NACH DEM WETTERHAHN

Rummel bezog die Glosse auf sich. Dann wieder nicht mehr. Hilf bezog sie auf die Betriebsleitung und auf Rummel. Ein Rundfunkrat bezog sie auf die Ausgewogenheit. SWF-Redakteure lasen darin, dass eben einige Sendungen ausgewogener sein müssen als andere, alle aber ausgewogen. Die *Stuttgarter Zeitung*: Rummel könne gar nicht gemeint sein, ein altgedienter CDU-Mann sei niemals ein Wetterhahn. Der *STERN* hielt den Intendanten Hilf für betroffen, der GONG zog das in Zweifel - mit einem kleinen Fragezeichen. Und der Berliner EXTRADIENST schrieb dem Klein sogar hellseherische Fähigkeiten zu, sah aber selbst schwarz in der Zukunft des SWF.

EINHEITSBREI A LA FILBINGER

Die SPD-Landtagsfraktion - sonst in SWF-Rundfunkfragen eher stumm - empörte sich über Versuche, die Anstalten zur Volksküche für einen publizistischen Einheitsbrei a la Filbinger zu degradieren. Die SPD-Fraktion Rheinland-Pfalz sprach von Geschmack und Opportunitätsdiktatur. Rude Perso-

nalpolitik - schrieb der Stern. Linke und liberale Redakteure fühlen sich heute in der Tat so einsam wie Langstreckenläufer oder so ängstlich wie der Tormann beim Elfmeter - das ist keine Anspielung auf die noch nicht tangierte Sportredaktion.

Die Angst hat Gründe. Der Dritte im Bunde, Felix Schmidt, sorgt im Fernsehen für Recht und Ordnung eigener Art. Schmidt hat seinen Begriff von Ausgewogenheit bei SPIEGEL, STERN und WELT AM SONNTAG entwickelt. Seine Spitznamen: Bisher *Don Flanello* wegen seiner Eleganz, nunmehr *Jack the Kipper* wegen seiner Eleganz, Beiträge aus dem Programm zu kippen:

Gegen das Votum von Chefredakteur Dr. Simon (SPD) darf der Film über Eleonore Poensgen - zu Unrecht als Ponto-Mörderin verhaftet - nicht gezeigt werden.

Es gibt Gerüchte über Eingriffe in Filme und Features. Ein kleiner Trost: gute Cutter finden beim SWF beste Berufschancen. Es wird wieder mehr geschnippelt. Henning Venske nennt das Verstümmelung seiner *Info-Show* für junge Leute.

Als Info-Show für Rundfunkräte mit dem Akzent auf Show werten heute Kritiker die Antrittsreden Hilfs und Rummels. Hilf hat dafür sogar Harry Pross, das Kommunistische Manifest und Hans Magnus Enzensberger gelesen. Originalton Hilf: *Ich kann mich nicht an einen Prozess erinnern, in dem irgendwer zur Strafe verurteilt worden wäre, Insasse einer Rundfunkanstalt zu werden. *Manchem altgedienten Journalisten erscheint jetzt Insassen-Dasein als Strafe.

Hilfs Leitbild aber von der *treuhänderischen Freiheit* des Journalisten scheint beim Umzug irgendwo im alten Gebäude hängen geblieben zu sein. Als man jüngst danach in den neuen Redaktionen und Studios suchte, fand man stattdessen nur viele lange Gesichter.

RADIO GRÜNES FESSEN HEIM

jeden Samstag 1945
UKW 101 MHz

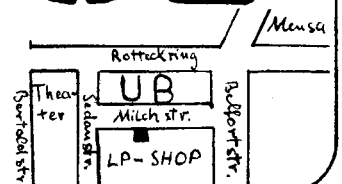
Anti-AKW-Nachrichte
ussem Dreyeckland

SONDERANGEBOTE IM JANUAR... SOLANGE DER VORRAT REICHT

ROLLING STONES:	"Love you live"	DLP neu	DM 15,90
ROLLING STONES:	"Rolled Gold"	DLP	DM 15,90
SUPERTRAMP:	"Crime of the Century"		DM 12,80
WISHBONE ASH:	"Front page news"	neu	DM 12,80
DAVID BOWIE:	"Herves"	neu	DM 12,80
ANDY WARHOL'S :	"Velvet Underground"	DLP	DM 22,-
GENESIS:	"Wind and Wuthering"		DM 12,80
INCREDIBLE STRING BAND:	"No ruinous fend"		DM 9,90
PINK FLOYD:	"Dark side of the moon"	DLP	DM 12,80
ERIC CLAPTON:	"No reason to cry"		DM 12,80
JAN GABARATE:	"Sart"	ECM	DM 10,90
MILES DAVIS:	"Live"	DLP	DM 17,90
MILES DAVIS:	"Bitches Brew"	DLP	DM 19,90
ART BLAKEY:	"Thermo"	DLP	DM 17,90
ART BLAKEY:	"The Big Beat"	DLP	DM 17,90

LP SHOP

..... das gibt es nur in Freiburgs gemütlichstem Plattenladen in der Milchstrasse 3 hinter der neuen UB, beim Theater
Das Fachgeschäft für guten Jazz



"In ERWAGUNG, daß ihr uns dann eben mit GEWEHREN und GEFANGNIS droht..."

Frei nach B. Brecht

UMWELTSCHÜTZER SOLLTE IN "BEUGEHAFT", SOLLTE !!!



AKW-Gegner vor dem Amtsgericht Freiburg

Ein Mitwisser sollte 16Tage ins Gefängnis, 16 Mitwisser erklärten sich bereit, je einen Tag ins Loch zu gehen für eine Tat, die für die betroffene Region um Fessenheim so notwendig war wie für die verantwortlichen Stellen blamabel.

Diesen Wisch von Katastrophenschutzplan, den sich das Freiburger Regierungspräsidium für den Fall des jederzeit möglichen Atomunfalls in Fessenheim ausgedacht hat, kann man sich auf die Klorolle hängen. Mehr wert ist er nicht. Seit der "Entleiherung" (Entwendung zur Verwendung) auf einem Amt in Lörrach im März 77 wissen wir das.

Und jetzt sollte der Mitwisser E. dafür eine Haftstrafe antreten oder - 400.- "Beuge" - geld blechen.

Um 10.00Uhr am Montag im Neuen Jahr standen ein paar Hundert Mitwisser vor dem Amtsgericht in Freiburg und zeigten sich solidarisch mit E. Eine Delegation der Badisch-elsässische Bürgerinitiativen verhandelte mit dem Amt. E. müsse 16 Tage in Haft oder 400,-Mark zahlen oder - endlich den Namen jenes Aktenordner- Diebes nennen (so die Sprache dieser Justiz.)

Draußen kam es zu einer wüsten Prügelei. Die "Marionette mit Knüppeli dra" (so ein im Angesicht der Polizei gesungenes alemannisches Volkslied) demonstrierten Staatsmuskeln. Und das Dickste schließlich: Sie ließen durch einen Umweltschützer verlautbaren, wir sollten diese Solidaritätskundgebung schnellstens beenden, weil der KBW sich irgendwo zusammengerottet habe, um sich unter uns, die Friedlichen (!), zu mischen. Ehrlich, daß er auf diese taktische Lüge der Polizei reingefallen ist, ist schade. Selbstverständlich war weit und breit keine einzige Schlägergruppe vor dem Amtsgericht - nur die Polizei.

Karl Meyer zog seinen Hut und rief die Umstehenden auf, Geld zu spenden, damit keiner aus unseren Reihen ins Gefängnis muß. In Null Komma Nix waren knapp 1000,-DM von den Umstehenden in den Hut geworfen worden, und E. brauchte nicht ins Gefängnis.

Nochmal hieß es, Polizisten-Mund, wir sollten diese Kundgebung beenden. Nein, erst wenn der Fotoapparat wieder herausgegeben wird, den die Polizei bei der Prügelei als mickrige Siegestrophäe an sich gerissen hatte. Wieder das stolze Polizisten-Maul: Der kann auf dem Polizeirevier Nord abgeholt werden. Sicher hätten sie dann gleich wieder jemanden in ihre Terroristen-Kartei aufnehmen können.

Wir bleiben da, bis der Fotoapparat herausgegeben wird, hieß es draußen. Binnen kurzer Zeit war die Kamera da und wurde unter dem Jubel der buntgemischten Demonstranten (Alte, Junge, Kaiserstühler, Elsässer, Baseler, Freiburger, Markgräfler) an den Besitzer zurückgegeben. Der Film mit den festgehaltenen Knüppelschlägen der "Marionetten" fehlte allerdings.

Wenn man bedenkt, daß die Entleiherung des Katastrophensplanens uns lediglich bestätigte, was wir schon ahnten, daß der Staat die Gegner der Atomenergie schließlich zu Kriminellen gemacht hat und daß eben keine Schutzmaßnahme gegen das AKW Fessenheim besser hilft als die Stilllegung, war dieser Montagmorgen im Neuen Jahr ein schöner Auftakt.

Wie kam es zu dieser Aktion der GAF? Das FLUGBLATT klärt darüber auf:

GEFÄNGNISSTRAFE FÜR INFORMATION DER BÜRGER?

Sie erinnern sich: am 8. März 1977 ging das Atomkraftwerk Fessenheim in Betrieb. Die Bevölkerung wurde bis dahin nicht über die Verhaltensmöglichkeiten bei atomaren Unfällen informiert. Am 7. März wurde der größte Teil des Katastrophenschutzplans von unbekannten Umweltschützern aus dem Landratsamt Lörrach zur Einsicht mitgenommen. Verschiedene Umweltschutzgruppen veröffentlichten den Plan und schickten ihn an die betreffende Behörde zurück.

Ein Mitglied der Gewaltfreien Aktion Freiburg kennt die von der Staatsanwaltschaft gesuchten "Entleiher des Plans", er verweigert

aber jede Aussage zur Person der Gesuchten, um so diese vor strafrechtlichen Verfolgung zu schützen. Zur "Erzwingung des Zeugnisses" wurde gegen ihn ein Ordnungsgeld ("=Beugegeld") von 400 DM, ersatzweise 16 Tage Haft festgesetzt.

VORGESCHICHTE

Seit 1975 versuchten Bevölkerung und Bürgerinitiativen eindringlich, die Veröffentlichung des Katastrophensplanens zu erreichen (Petition, Unterschriftensammlungen, Mahnwache, Fasten der Elsässer, Briefaktionen usw). Alle Bemühungen stießen bei den verantwortlichen Behörden auf taube Ohren. Erst durch die Veröffentlichung von Umweltschützern kam die Diskussion über die Katastrophengefährdung in Bewegung:

- 600 Lehrer und 264 Ärzte der Region übten an dem Plan Kritik. Sie bezweifelten, ob selbst bei bestmöglicher Durchführung aller erwähnten Maßnahmen eine wirksame Hilfe im Katastrophenfall möglich sei.
- Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald gab Merkblätter heraus (Anm. der Red.: vgl Stadtzeitung Nr. 18 s 6)
- Die Elternbeiräte fordern Katastrophentübungen für die Schulen.
- Viele Bürger wurden also erst durch die Veröffentlichung auf die Bedrohung durch das Atomkraftwerk Fessenheim aufmerksam.

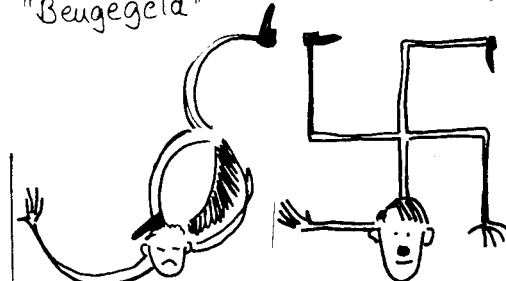
DIE ANTWORT DER BEHÖRDE

Inzwischen fordern sogar alle drei Landtagsfraktionen die Veröffentlichung des Katastrophenschutzplans. Trotzdem stellt die Staatsanwaltschaft die Verfahren gegen diejenigen nicht ein, die die Versäumnisse der Behörden nachgeholt haben.

Der Freiburger Fall ist nicht der einzige. In Hamburg wird z.B. Jens Boy strafrechtlich verfolgt, da er fotokopierte Auszüge des Plans weitergegeben hat.

Entgegen der scheinbaren Gesprächsbereitschaft benutzen die staatlichen Stellen juristische Mittel, um gezielt einzelnen besonders aktiven Umweltschützern ihre Weiterarbeit unmöglich zu machen. ...

"Beugegeld"



Früh beugt sich... Wer ein Häkchen werden will!

Wenn die staatlichen Stellen auch versuchen, die Bürgerinitiativen durch Strafandrohung und Strafverfolgung einzuschüchtern und in die Defensive zu bringen, FESSENHEIM LÄUFT, ES BEDROHT UNS WEITER. Daher heißt unser Ziel nach wie vor: FESSENHEIM SICHER DURCH STILLLEGEN!

Für die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen:

Gewaltfreie Aktion Freiburg

Viele haben nun das "Kettenkarussell" schon gesehen, waren mitunter von der Problematik betroffen und gingen heim, ohne die Schwierigkeiten und Ziele des Arbeitskreises "Strafvollzug" zu kennen.

Die Initialzündung gab das Gastspiel der Städtischen Bühnen Freiburg mit dem Stück "Scherenschnitte" von Portner im Sommer 71. Einige Gefangene kamen danach auf die Idee, selbst eine Theatergruppe zu bilden. Die weiblichen Rollen sollten Frauen von "draussen" übernehmen und die Leitung der Freiburger Regisseur Bernd Kolarik übernehmen. Nach gemeinsamen Beschluss wurden die Proben zu Max Frischs "Andorra" aufgenommen. Im Dezember 71 wurde das Stück sowohl in der Anstalt wie auch im "Podium" gespielt. Das erste mal Kontakte mit der "Aussenwelt"! Es lief so gut, dass im Jahre 1972 "Glaube, Liebe, Hoffnung" von Horvath gespielt werden konnte. Im folgenden Jahr wurde schon Gorkis Stück "Nachtasyl" geprobt, als der neue Anstaltsleiter Dr. Haas in Freiburg einzog. Sofort begannen die Schwierigkeiten, dennoch wurde "Nachtasyl" aufgeführt. Und nicht nur in Freiburg, sondern auch in Stuttgart! Aber gerade diese Fahrt brachte neue Pro-



Arbeitskreis Strafvollzug

Aktivitäten & Ziele

bleme: Sonderstellung weniger Häftlinge, verschärfte Massregeln von Dr. Haas. Nach einer Diskussionspause wurde um die Jahreswende 74/75 das Stück "Jagdszenen in Niederbayern" von Martin Speer gespielt. Dass Kontakte zur Aussenwelt wichtig sind ist klar, doch die Bedingungen im Knast waren nie gezeigt worden! So kam der Entschluss: Wir schreiben selber ein Stück. Langwierige aber fruchtbare Diskussionen führten zu "Kettenkarussell". Damit wurde aber aus der Schule geplaudert und das passte Haas natürlich nicht! Repres-

salien und Druck erbrachten schliesslich das Verbot der Aufführung der Gefangenen-Theatergruppe. Um dieses sehr wichtige und ehrliche Stück aber dennoch veröffentlichen zu können, wurde der Kompromiss geschlossen: Eine Aussengruppe spielt das Stück "draussen", die Innengruppe bleibt bestehen - wenn auch unter häufigem Wechsel der Mitglieder durch Verlegungen, Entlassungen usw. - und spielte 1977 das Stück "Woyzeck" von Büchner.

"Aussen" kam zur Theatergruppe noch eine "Gruppe für Öffentlichkeitsarbeit" die u. a. die Dokumentation: Kettenkarussell, Ein Theaterstück aus dem Knast, (Dreisam Verlag Freiburg, 8,50 DM) - in den Buchhandlungen erhältlich - bearbeitete. Die Theatergruppe führte das Kettenkarussell seit Juni 77 auf: im Paulussaal, im Kulturzelt, im Podium, im Haus der Jugend und der alten Uni. Einladungen in Stuttgart und Feuerbach scheiterten an mangelndem Besuch (durch Werbeboykott infolge von Stammheim). Um so erfolgreicher verliefen dagegen die Aufführungen in Mannheim im Rahmen der Friedenswoche des DGB. Bei den sich anschließenden Diskussionen konnten auch relevante Themen wie Gewerkschaftsvertretung im Knast (5,-DM Arbeitslohn pro Tag) angesprochen werden. Angebote bestehen zur Zeit von Esslingen, Pforzheim, Stuttgart und Ulm.

Diese intensive Theaterarbeit nimmt aber die Gruppen sehr stark in Anspruch, so dass die Öffentlichkeitsarbeit zur Zeit etwas hinkt. Denn Ziel ist es ja: die Realität aus der Sicht der Gefangenen darzulegen, Diskussionen anzufachen, Möglichkeiten der Sozialisierung zu zeigen und Leute für weitere Gruppen zu gewinnen. Denn die "innere" Theatergruppe kann auch nur mit ca. sechs Gefangenen arbeiten, wobei aber zu bemerken ist, dass von alibisher allen Angehörigen der Theatergruppe nur 15% rückfällig wurden, im Freiburger Knast allerdings 90%. Den Werdegang der Theatergruppe und die Darstellung der Ziele wollen 2 Mitglieder verfilmen, wozu aber Geld notwendig ist, also spendet! (Spendenkonto Film, H. Cuijpers, Konto-Nr. 44061809, Dresdner Bank Freiburg) Denn mit den Einnahmen aus den Theaterstücken werden die Unkosten ge-

ICH WAR EINER VON DRINNEN

Vier Jahre und elf Monate war ich im Knast - Zeit der Verordnungen und der Vorschriften. Ich lebte nicht - ich wurde gelebt. Im Juni 1973 trat ich der Theatergruppe der VZA Freiburg bei, meiner Meinung nach mein positivster Schritt während der Haftzeit. Warum? Die Gründe, weshalb damals Gefangene in die Theatergruppe eingetreten sind, waren mannigfaltig. Ein Grund aber dürfte bei allen gleich gewesen sein: Der Eintritt in die Theatergruppe garantierte jede Woche vier Stunden Kontakt mit Leuten von draussen, wobei der Kontakt mit den weiblichen Mitgliedern der Gruppe nach jahrelanger Einsamkeit besonders wichtig war. Bei Vorstellungen ausserhalb konnte man für ein paar Stunden dem Knast entfliehen. Mich bewogen meine eigenen Probleme, in die Theatergruppe einzutreten. Vor der Haftzeit war ich Einzelgänger, nicht fähig, in einer Gemeinschaft zu leben, in der ich nicht die führende Rolle spielte. Schon nach ein paar Gruppenabenden merkte ich, dass ich grosse Kontaktschwierigkeiten hatte. Wurde ich kritisiert, zog ich mich gleich in mein Schneckenhaus zurück. Wir studierten damals das Stück "Nachtasyl" ein, und durch ein paar Entlassungen hatte ich das Glück, die Rolle des Pepel zu übernehmen. Pepel ist ein Dieb, der vergeblich versucht, ein neues Leben zu beginnen. In dieser Rolle konnte ich mich selbst spielen, überwand Hemmungen, lernte meine eigenen Probleme zu artikulieren. Nun fiel mir auch die Integration in die Gruppengemeinschaft viel leichter. Nach der Aufführung war ich zum erstenmal mit mir selbst zufrieden: Ich hatte eine Sache bis zum Ende durchgestanden. Es war nicht der Applaus der Zuschauer der mich an diesem Abend glücklich gemacht hat. Es war der gemeinsame Erfolg in der Gruppe. Die meisten Schwierigkeiten bei der Arbeit an unserem eigenen Stück gab es unter den Strafgefangenen. Zu Beginn wurde uns von der Anstaltsleitung unmissverständlich gesagt, dass sie eine solche Arbeit für völlig abwegig hält. Für uns Gefangene im Klartext: Hört auf, oder jeder von euch wird Schwierigkeiten bekommen. Dadurch erreichte man eine Spaltung in der Gruppe. Einige von uns waren für die Arbeit, egal was auf sie zukommt. Die anderen zogen nur widerwillig mit. Ihre Beweggründe dürften in erster Linie die erhofften Begünstigungen gewesen sein, die sie meist nicht verlieren wollten. Die Arbeit am Stück wurde dadurch sehr erschwert, wusste man doch, dass ein Teil der Gefangenen nicht voll dahinter stand. Doch im Laufe der Zeit traten diese Gefangenen aus der Gruppe aus - das kam der Arbeit zugute. Das Ergebnis beweist es. Das Theaterstück Kettenkarussell ist meiner Meinung nach das beste und objektivste Werk, das je aus einer Strafanstalt der BRD kam. Ich hoffe, dass andere Gruppen das Stück übernehmen, dass über dieses Stück informiert wird, dass es vor allem diejenigen kennenlernen, für die es geschrieben wurde.

deckt, die Autoren im Knast beteiligt und "Ehemalige" unterstützt. Mitglieder des erweiterten Arbeitskreises Strafvollzug führen seit einiger Zeit "Grüsse aus dem Knast" auf. In sehr eindringender Weise werden Texte und Lieder aus der Literatur, von Gefangenen, der Hausordnung Gesetzestexten gegenübergestellt. Auch der durch Fragebogen eingebrachte - jedem ja längst bekannte - Hinweis dass wir alle Gesetzesbrecher sind, aber "draussen" uns bewegen, sollte jedem zu denken geben.



Auch dieses Stück wurde sowohl in Freiburg, als auch in anderen Städten aufgeführt, doch wieder nur von der Aussenengruppe. Dennoch konnte bei einer Aufführung mit spontaner Hilfe Geld und Unterkunft für einen Entlassenen aufgebracht werden. Hoffentlich auch das nächste Mal im

Halifax, Gottenheim, am 18. 1., 20.00h
 Litfass, Freiburg, am 27. 1., 20.00h

Kleinanzeigen

Wer kennt möglichst preisgünstige Skihütte in den Alpen, möglichst Österreich?
 Angeb. oder Adresse bitte an:
 J. Eichhorn, Eichbergstr. 29

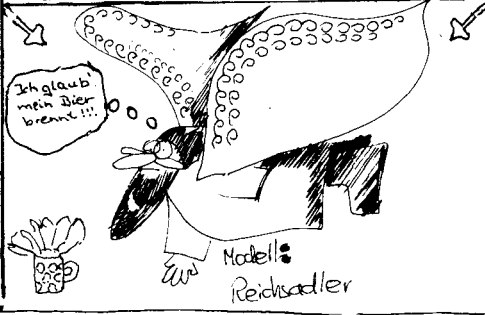
Welche(r) Berufstätige sucht 2 große Zimmer in der Wiehre?
 Preis mit NK DM 390.-
 Angebote an die Stadtzeitung

Wir Komma, 24♀ und 25♂ lieben nicht so sehr überfüllte Kneipen und laute Diskotheken. Wir halten mehr davon, mit guten Freunden & Bekannten bei ihnen oder bei uns zuhause sich zu unterhalten, Musik zu hören, ein Glas Wein oder Ähnliches zu trinken usw. usw. ... Wir würden uns über Antworten von ähnlich denkender sehr freuen. Antworten bitte unter Kennzeichen 08/15

Ich, Thomas, suche ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft. Wenn ihr was wißt, könnt ihr mir ab 9.1.78 unter Tel.: 25958 was ausrichten lassen oder nach mir fragen.

Neulich bin ich mit meinem alten VW (Bf 69, 1700ccm, 34PS!) durch die Stadt gefahren und als ich nach Hause kam traf mich fest der Schlag: Die Nummerschilder waren abgefallen. Ist wohl doch ein wenig verrostet, dachte ich mir... Aber fahren tut er noch. Jetzt will ich mich doch von dem guten Alter trennen. Preis so um 150 tel. 34988. DaJo 0828 Johannes

NACHTSAB ZUR DRITTEN WEIHNACHTSAB-ZARE
 Leider ist uns beim letzten lay-out einer der schönsten Weihnachtsmännchenmodelle verloren gegangen. Wir wollen das Kunstwerk dem geneigten Leser nicht vorenthalten.



regieznanieK

Dunkle bauernkommode mit Aufsatz (Tnema???) zu verkaufen. Roland Schmidt, Fehrenbachallee b. Tel. 201423e

Verkaufe Ski (Atomic Dominator) mit Tyrolia-Bindung und Schnallenstiefeln (Koflach Gr. 43/44). Tel. 34 988

Wir suchen GANZ dringend eine 5- oder 6-Zimmer-Wohnung oder ein Haus in Freiburg oder naher Umgebung. Tel.: 07633/6767 oder 2032697

Suche 4 - 6-Zimmer-Wohnung oder Haus möglichst Stadtnähe
 Tel. 33787 (11 - 18 h)

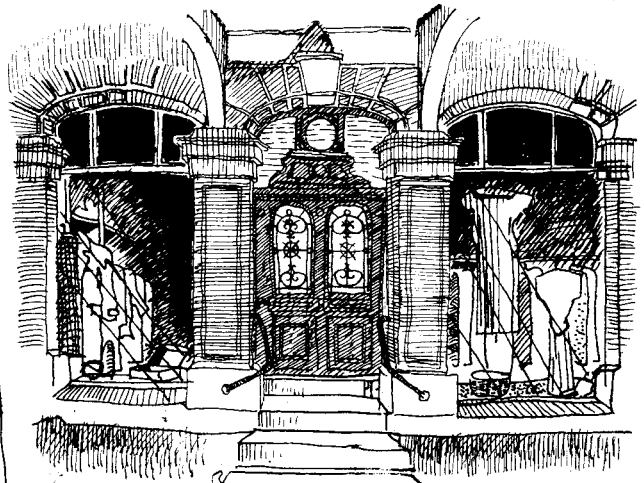
Suche Hauptgewinn im Lotto oder Toto. Diskrete Angebote unter 08/16 an die Stadtzeitung!

Verkaufe Er Vier, Bj. 66, fahrbereit zum Ausschachten; Preis: VHS. Motor: 6000 Km
 Joachim Bruhn, Herrenstr. 34

VW-, POV-, Fiat 500 Teile (Motor, Getriebe u. a.) zu verkaufen.
 Mähringen, Bahnhofstr. 15

*Second Hand
 Milch - strasse*

Öffnungszeiten:
 Mo.-Fr. 13⁰⁰ - 18³⁰
 Sa: 10⁰⁰ - 14⁰⁰



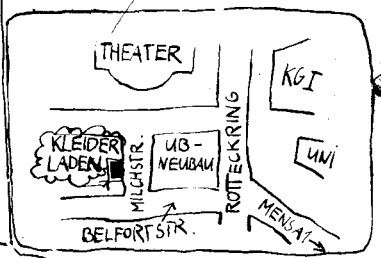
WINTERSACHEN

- z.B.*
- Trainingsjacken 10,-
 - viele Hemden 10,-/15,-
 - Wollpullis 10,-/20,-

- Plüzmäntel und Jacken
- Ledersachen
- Wollpullover
- Lodenmäntel
- Trenchcoats mit Fütter
- Flanellhemden

Und jede Woche bekommen wir neue Sachen rein

Kleiderladen



Das Bild vom Freiburger Politiklängel

Die FREIBURGER BÜRGERINITIATIVE - BÜRGERUNION nimmt in einer Presseerklärung zum jüngsten Urteil des Freiburger Landgerichts Stellung, die wir leicht gekürzt wiedergeben.

... Das Landgericht Freiburg hat heute sein letztes Urteil gefällt, zu dem wir anbei eine Stellungnahme beifügen. Alle wurden abgewiesen, mit Ausnahme der Vorwurf "Vetterleswirtschaft"...

Wir haben, um unsere Behauptung zu rechtfertigen, zahlreiche Zeugen wie abgewiesene Bewerber, Beamte der Stadtverwaltung und den Oberbürgermeister benannt. Das Gericht hat ohne Angabe von Gründen keinen einzigen Zeugen vorgeladen. Wenn das Landgericht uns selbst unterstellt, mit unserer Vorwurf hätten wir den Kläger in den Verdacht der Korruption gebracht, so hätte es die Aufgabe gehabt, Zeugen vorzuladen, die mit Sicherheit unseren Vorwurf "Vetterleswirtschaft" bekräftigt hätten.

Wir sind der Meinung, dass dieser Sachverhalt um die Städtepartnerschaft einem möglichst grossen Leserkreis bekannt sein sollte.

(Wolfgang Schmidt, Vorstandssprecher)

VETTERLESWIRTSCHAFT

darf nicht weiter gesagt werden, doch SPD-Stadtrat Waldmann darf selbst den Oberbürgermeister BEGÜNSTIGUNG vorwerfen.

PRESSEERKLÄRUNG

Das Urteil des Landgerichts Freiburg, in dem uns der Vorwurf der "Vetterleswirtschaft" verboten wird, stellt einen Eingriff in das Recht auf Kritik dar. Die FBI hat den Vorwurf der "Vetterleswirtschaft" zu keiner Zeit gegen Gastro-Service Keidel jun. und Safro erhoben, sondern ausschliesslich gegen OB und Stadtverwaltung. Das LG stellt u. a. fest:

1. Es entstehe der Eindruck, die Gastro GmbH habe etwas zu verbergen.
2. Sie nehme aus verwandtschaftlichen und sonstigen unlauteren Gründen Vorteile wahr, die anderen nicht gewährt werden können.
3. Auf diese Weise dem Verdacht der Korruption ausgesetzt zu werden, brauche die Klägerin nicht zu dulden.
4. Fehlten aber objektive Merkmale für ein Fehlverhalten der Klägerin, so brauche sie nicht hinzutreten, mit kommunaler "Vetterleswirtschaft" in Verbindung gebracht zu werden.
5. Die FBI könne grundsätzlich Kritik üben, müsse dabei aber prüfen, welche Formulierungen im Einzelfall verwendet würden, um einerseits die erstrebten und zulässigen Ziele zu erreichen und andererseits nicht grundlos anzugreifen und zu verletzen.

So hat sich das Landgericht die Begründung sehr einfach gemacht; die hier getroffene Wertung werden wir nicht unwidersprochen hinnehmen. Unsere sachbezogene Kritik gegen die Vergabepolitik der Stadt für den Kiosk ist jedoch grundrechtlich geschütztes Recht der Meinungs- und Pressefreiheit.

Im Gegensatz hierzu hat der von uns kritisierte OB Keidel versucht, am 16. Juni 77 die Lokalredaktion der "Badischen Zeitung" dazu zu bewegen, nicht über unsere Vorwürfe zu berichten. Unser Vorwurf "Vetterleswirtschaft" unterstellt zu keiner Zeit Korruption oder Bestechung. Nach allen alemannischen Wörterbüchern ist Vetterleswirtschaft nichts anderes als "Begünstigung von Verwandten durch Beamte." Es gibt genügend Beispiele, wie mit hohen Kosten notwendige Rechtsstreite abgeblockt werden; wir sind zuversichtlich, dass uns hier viele Bürger nicht nur wie bisher moralisch sondern jetzt auch finanziell unterstützen werden

FBI/BU

Die FREIBURGER BÜRGERINITIATIVE hat von ihrem demokratischen Recht Gebrauch gemacht, die Vergabe des Imbissstandes "Partnerschaft Besançon" durch die Stadtverwaltung an den Sohn des Freiburger Oberbürgermeisters Dr. Keidel und einer von ihm und einem Nachtlokalbesitzer gegründeten GmbH, zu kritisieren. Dem Oberbürgermeister machten wir den Vorwurf der "Vetterleswirtschaft" weil wir der Meinung sind, hier wurden andere Konkurrenten abgewiesen, und gleichzeitig der Oberbürgermeistersohn begünstigt.

Die wesentlichen Punkte, die hierfür sprachen, wurden in der Presseerklärung vom 16. 6. 77 veröffentlicht.

(siehe: Stadtzeitung Nr. 14/15) Obwohl alle Punkte veröffentlicht und belegt werden konnten, beantragten die Herren Michael Keidel und Rubin Safro und ihre Gastro Service GmbH durch ihre Rechtsvertreter, Rechtsanwalt und SPD-Stadtrat Bernt Waldmann beim Landgericht Freiburg eine einstweilige Verfügung. Diese hatte folgende Anträge:

1. Den Antragsgegnern wird bei Androhung einer Geldstrafe in einer vom Gericht festzusetzenden Höhe oder einer Haftstrafe verboten, in Zukunft folgende Behauptungen zu Lasten der Antragsteller zu verbreiten:
 - a) Die Aufstellung des Imbiss-Kiosks der Partnerstadt Besançon sei ein "neuer Fall kommunaler Vetterleswirtschaft";
 - b) Seit Mai 77 stehe in der Rathausgasse ein Imbiss-Kiosk, der entgegen den Vorschriften der Gewerbeordnung keine Angaben über den Aufsteller enthalte;
 - c) Die Antragstellerin Fa. Gastro-Service GmbH sei auch am 7. Juni 77 noch nicht zur Eintragung beim Handelsregister angemeldet gewesen;
 - d) Die Fa. Gastro-Service GmbH habe ihren Sitz in Frankfurt/M., Schweinfurter Weg 68;
 - e) Die Antragstellerin zu Ziff. 1, die Fa. Gastro-Service GmbH, sei mit einer Firma Gastro-Service GmbH identisch, oder deren Rechtsnachfolgerin, die in Frankfurt/M., Achters-

bachstr. 90, eingetragen gewesen und durch Konkurs erloschen gewesen sei;

- f) Die Sondernutzungsgenehmigung für die Erstellung des Imbiss-Standes sei unter Umgehung des Stadtrats durch städtische Behörden erfolgt;
 - g) Zu Lasten des Antragstellers Ziff. 2 Michael Keidel, dessen Vermieter oder sonstige in Frankfurt/M. ansässige Personen über angebliche oder tatsächliche geschäftliche Initiativen dieses Antragstellers mit abwertenden Bemerkungen zu unterrichten;
 - h) Zu Lasten des Antragstellers Ziff. 3, Rubin Safro, zu behaupten, dieser sei als Diamantenkaufmann und Gastronom tätig und er betreibe unter anderem das Lokal "Tiffany" in Freiburg/Br. als Nachtlokal;
2. Die Antragsgegner haben die vorgenannten Behauptungen zu widerrufen; der Widerruf hat durch eine Presseerklärung zu erfolgen, die im übrigen an einem Informationsstand der Freiburger Bürgerinitiative aufgelegt wird.

Den Punkten 1a und f, im Zusammenhang zu Punkt 2 wurde ohne mündliche Verhandlung vom Landgericht stattgegeben. Über die anderen Punkte wurde Termin anberaumt, bei dem die Kläger die Punkte 1g und h zurückzuziehen, weil sie sich als von vorherin wirkungslos erwiesen. Erstens hatten wir mit abwertenden Bemerkungen gegen Keidel jun. nicht recherchiert, und zweitens konnten wir anhand eines Dokumentes belegen, dass sich Herr Safro selbst als Diamantenkaufmann und auch als Gastronom ausgab und Nachtlokale betreibt. Die anderen Punkte 1b - e wurden vom Gericht zurückgewiesen, weil keine Rechtsverletzung unsererseits vorliegt. Im einzelnen führte das Landgericht unter anderem aus: "... Der Antrag Ziff. 1e war zurückzuweisen, da die Antraggegnerin eine entsprechende Behauptung nicht aufgestellt hat. Die Antragsgegnerin hat lediglich behauptet, dass ihre weiteren Nachfragen ergeben haben, dass beim Gewerbesteuern der Stadt Frankfurt in der Zeit vom 1. 4. 73 bis 31. 7. 75 eine Fa. mit dem Namen Gastro-Service eingetragen gewesen sei unter der Anschrift Frankfurt, Eichtersbacherstr. 90. Diese Fa. sei durch Konkurs erloschen. Eine Neuanmeldung gebe es nicht. Damit hat die Antragstellerin nicht behauptet, dass die Gastro-Service, die in Frankfurt/M., Ächtersbacherstr. 90, eingetragen gewesen und durch Konkurs erloschen sei, identisch sei bzw. deren Rechtsnachfolgerin sei. Aus dem Gesamtzusammenhang lässt sich auch nicht der Eindruck gewinnen, dass die Antragsgegnerin mit der durch Konkurs erloschenen Firma identisch ist, so dass hier dahin stehen kann, ob das Gericht gemäss § 139 ZPO auf eine Antragsänderung hinweisen musste. Den Eindruck, den man auf Grund des Flugblatts im Gesamtzusammenhang gewinnen sollte, war nicht der, die Antragsteller mit einer durch Konkurs erloschenen Firma in Zusammenhang zu bringen, sondern der, das durch

die zwei verschiedenen Adressen die tatsächlichen Umstände - nämlich die kommunale Vetterleswirtschaft - vertuscht werden sollten.

Dass die Antragsgegnerin bei ihren 'Nachforschungen' dabei auf eine GmbH mit gleichem Namen in Frankfurt gestossen ist, die durch Konkurs erloschen ist, haben die Antragssteller durch den fehlenden Hinweis auf den Kiosk bis 20. Juni 77 und durch die Angabe der Frankfurter Anschrift beim Tiefbauamt Freiburg selbst veranlasst..."
(Unterstreichungen sind nicht vom Gericht)

Auf Antrag der Freiburger Bürgerinitiative stellte das Landgericht den Klägern Keidel, Safo und Gastro-Service GmbH eine Frist von einem Monat, in der sie nunmehr ordentliche Klage wegen der stehenden einstweiligen Verfügung gegen die Bürgerinitiative erheben muss (Vetterleswirtschaft und Umgehung des Gemeinderates). Obwohl RA Bernt Waldmann auf einer Pressekonferenz der SPD-Stadtratsfraktion versicherte, dass nunmehr diese Klage eingereicht worden sei, mussten wir zu unserem Erstaunen feststellen, dass nur noch die Klage der Gastro-Service GmbH eingereicht wurde.

Daraufhin haben wir beim Landgericht Freiburg den Antrag gestellt, die einstweilige Verfügung von Herrn Keidel jun. und Herrn Safo aufzuheben. Diesem Antrag folgte das Landgericht, was praktisch bedeutet, dass Keidel jun. und Safo der FBI nicht mehr unter sagen lassen können, von einem "Neuen Fall kommunaler Vetterleswirtschaft" zu sprechen.

Die zwielichtige Rolle des Herrn Waldmann - er ist gleichzeitig Rechtsvertreter der Gastro GmbH als auch eines abgewiesenen Kiosk-Anwärters - war bereits Gegenstand eines ausführlichen Berichtes in der Dezember-Nr. der Stadtzeitung. Erfreulich hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die geniale Verquickung geistiger und kommerzieller Werte:

"... Ich richte die Aufmerksamkeit der Kammer beispielsweise darauf, dass die Feiern zum Thronjubiläum der englischen Königin die erforderliche öffentliche Reaktion überhaupt nie hätten finden können, wenn nicht auch kommerzielle Nutzung des hier zur Diskussion stehenden Gedankens erlaubt, ja selbstverständlich gewesen wäre..." und:

"... In einer freien Wirtschaftsordnung, zu der sich das Grundgesetz bekanntlich ausdrücklich bekennt, ist naturgemäss möglich, ja wünschenswert und notwendig, auch politisch für relevant gehaltene Aspekte in entsprechender Form kommerziell zu nutzen, um den politischen Gedanken einer Vielzahl von Bürgern nahezubringen..."

Wie diese schöne Formulierung in der Praxis gehandhabt wird, zeigt aber im Gegensatz hierzu das konkrete Verhalten der Spd-Stadtratsfraktion, der Herr Waldmann als Fraktionssprecher angehört. Ein Freiburger Bürger, der durch den Imbissstand des OB-Sohnes

und seiner GmbH in empfindlicher Weise geschädigt wurde, schrieb an alle Gemeinderatsfraktionen einen Brief, der natürlich erst gar nicht beantwortet wurde

III! DAS VERHALTEN DES FREIBURGER GEMEINDERATS

Das bisherige Verhalten des Gemeinderats ist ein Schauspiel dafür, wie unfähig er ist, seine Kontrollfunktionen wahrzunehmen, auch gegenüber dem Herrn Oberbürgermeister.

- die "freien Wähler" verkrochen sich in den Schmollwinkel. Ihre Unabhängigkeit gegenüber der Verwaltung ist ein Papiertiger.

- Die FDP bemühte sich sogar, OB Keidel zu decken. Fraktionsvorsitzender der Goldschagg wurde aber mutlos, nachdem FWV, SPD und CDU zumindest es ablehnten, die von Dr. Keidel erbetene "Ehrenerklärung" abzugeben

- Die CDU schlug lediglich vor, in Zukunft solle die Stadtverwaltung in "Einzelfällen, nach persönlichem Ermessen den Gemeinderat informieren, wenn eine besondere Würstchenbude genehmigt werden soll. Doch ein CDU-Gemeinderatsmitglied liess die Katze aus dem Sack: "Wenn es die FBI nicht gewesen wäre, die die Angelegenheit an die Öffentlichkeit gebracht hätte, wären wir voll eingestiegen." (!)

- Die SPD konnte natürlich ihren OB nicht im Regen stehen lassen. So verwickelte sie sich in Widersprüche und schoss gleich ihren Fraktionssprecher Waldmann vom Vorstand ab, wählten ihn aber mit einer Stimme Mehrheit wieder in den Vorstand. Fraktionsvorsitzender Seeh distanzierte sich auf einer Pressekonferenz zuerst von Äusserungen des OB, um sich dann gleich wieder zu widerrufen. Seeh hatte nichts anderes zu tun, als in das gleiche Horn seines Fraktionskollegen Waldmann zu blasen, als er der kommerziellen Nutzung dieses Imbissstandes das Wort sprach.

Wenn die Stadtverwaltung, der Oberbürgermeister und der Gemeinderat hier ein gutes Gewissen hätten, warum verschweigen sie dann der Öffentlichkeit folgendes:

Am 7. Oktober 77 hat die Stadtverwaltung einen nichtöffentlichen Bericht abgefasst, in dem das Genehmigungsverfahren für den Imbissstand erläutert wurde. Erst vier Wochen später wurde dieser Bericht im Anschluss an eine öffentliche Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses, deren anschliessender Teil dann als nichtöffentlich verhandelt wurde, am 7. 11. 77. vorgelegt. Die übliche Ankündigung auf der Tagesordnung fehlte aber merkwürdigerweise. Warum dies so ist, bleibt bisher noch Geheimnis des Oberbürgermeisters. Dieser Bericht gibt zwar Auskunft über die Reihenfolge des Antrags- und Genehmigungsverfahrens, zwischen dem 15. 12. 76 und dem 23. 8. 77, geht jedoch mit keinem Wort darauf ein, wie es dazu kam, dass die Sondernutzungsgenehmigung vom 1. 6. 77. an eine Frankfurter Deckadresse ging, die sich dann als Privatwohnsitz des OB-Sohnes entpuppte. Die "Besondere Ausstattung" und die Namensgebung werden als Gründe dafür ange-

ben, dass andere Bewerber abgewiesen wurden. Ebenso behauptet der nichtöffentliche Bericht, dass in den letzten zwei Jahren lediglich 5 Anträge gestellt worden wären. Diese hätten aber nicht für die Rathausgasse gegolten. Diese Behauptung ist falsch.

Es spielt u. E. aber überhaupt keine Rolle, ob die Zahl höher oder niedriger ist. Richtig ist vielmehr, dass die Stadt Freiburg noch zwei Monate vor der Eröffnung des Imbissstandes in der Rathausgasse, ausdrücklich feststellte, dass sie grundsätzlich keine Imbissstände im Fussgängerbereich auf Strassengelände zulassen werde!

Wenn hier als Ausnahme der "Partnerschaftsgedanke" massgeblich gewesen wäre, so hätte die Stadtverwaltung korrekterweise alle bisherigen Bewerber ansprechen müssen, wodurch jedem die Möglichkeit gegeben worden wäre, zu prüfen, ob er in der Lage ist, entsprechenden Vorstellungen der Stadtverwaltung gerecht zu werden.

Wie aber dies gehandhabt wurde, muss zwangsläufig zu der Frage führen, ist alles seitens der Verwaltung ordnungsgemäss gehandhabt worden?

Wie kommt es z. B., dass dieser Imbissstand bis vor kurzem (November 77) seine Abwässer in die Freiburger Stadtbächlein ablassen durfte? Am 10. 11. 77 haben wir an das Amt für Öffentliche Ordnung geschrieben und um eine Stellungnahme gebeten. Dass die Bürokratie so schnell ist, wussten wir gar nicht! Denn noch am Tag darauf, als unser Brief eingegangen war, wurde vor dem Kiosk die Erde hochgehoben und eine Abwasserleitung in die Kanalisation installiert. Am 21. 11. 77 teilte uns das Amt mit, dass "... inzwischen auf unsere Veranlassung hin im Benehmen mit dem Städt. Tiefbauamt an die städtische Schmutzwasserkanalisation an der Ecke Rathausgasse/Rotteckring angeschlossen worden ist. Die Abwässer gelangen nun nicht mehr in das Stadtbächle".

Unsere Anfrage am 10. 12. 77, wer dies nun bezahlt habe, wer es genehmigt hat dass immerhin 7 Monate dieser Zustand so andauerte, ist bis heute (15. 12. 77) noch nicht beantwortet. Doch sind wir gespannt, wie die Antwort ausfällt.

Abschliessend wollen wir nochmals erwähnen, dass es uns nicht nur um irgend eine Würstchenbude geht, sondern wie es sonst so "hinter den Kulissen" aussehen muss, wenn es um die Vergabepaxis der Stadtverwaltung geht. **BESONDERS SCHLECHT MUSS ES ABEN UM DIE STÄDTEPARTNERSCHAFT BESTELT SEIN, WENN DIESE DURCH EINE WÜRSTCHENBÜDE "BREITEN BEVÖLKERUNGSSCHICHTEN" ERST EINMAL BEWUSST GEMACHT WERDEN MUSS! WELCHE GRÜNDE MÖGEN WOHL UNSEREN STADTVATER DAZU BEWOGEN HABEN, DIE ÖFFENLICHKEIT DURCH MISSLUNGENE PRESSEBEEINFLUSSUNG VON DER INFORMATION FERNZUHALTEN?** Wir fordern nach wie vor, öffentliche Diskussion im Gemeinderat und nicht Mausechelen im Schutze der Städtepartnerschaft!

FBI/BU

DER AUFSTAND DER PFÄLZER U. BADENER RADIKALEN IM JAHRE 1849

HELMUT G. HAASIS STREICHT UNS FREUNDLICHERWEISE DIESEN TEXT, DER IM WESENTLICHEN
DEN WANNENBUND EINER KUNSTFORSCHUNG ENTSpricht, ZUR VERFÜGUNG. HAASIS HEBT ALS
FRÜHERER ANWERTSTELLER IN REUTLINGEN. SEINE HAUPTARBEITSGEBIETE SIND DIE JAKOB-
EMIGRATION UND DIE ARBEITERBEWEGUNG. DIES IST DIE VIERTE UND LETZTE FOLGE.

Bevor wir die Pfälzer bis zum bitteren Ende des Feldzuges begleiten, wollen wir uns vor Augen halten, wem den Pfälzer Aufstand getragen hat.

Die provisorische Regierung bestand aus drei Juristen, einem Arzt und einem Gutsbesitzer, alle Pfälzer. Der Generalstab setzte sich zu einem starken Teil aus ehemaligen preussischen Offizieren zusammen, die schon seit Beginn des Jahres 1848 auf der Seite der Demokratie kämpften. Die Pfälzer unter ihnen waren wieder meist Juristen.

Die Freiheitsarmee selbst wurde dagegen zu 95 % aus Handwerksgesellen, Kleinbauern, Knechten, Tagelöhnern, Arbeitern und desertierten Soldaten gebildet. In geringerem Mass nahmen auch Intellektuelle wie Juristen, Lehrer und Journalisten teil.

Die Führung des Aufstandes lag also in den Händen des aufsteigenden Bürgertums, das seine Ideen von der französischen Revolution und der daran anschliessenden demokratischen Tradition bekommen hatte. Die militärische Kampftätigkeit lastete dagegen überwiegend auf den Angehörigen der nichtbürgerlichen, unteren sozialen Schichten. Der Wahrheit wegen muss gesagt werden, dass Arbeiterkompanien sich später im badischen Feldzug zu den besten Armeeteilen entwickelten.

In einem der ersten Gefechte, an dem Pfälzer Truppen auf badischem Boden teilnahmen, in der Schlacht bei Waghausel, zeigten die vereinigten Revolutionsarmeen, dass sie die Preussen zurücktreiben konnten. Doch auf die Dauer vermochten die 20 000 Mann der Verbündeten Freiheitsarmeen die nunmehr 50 000 revolutionsgegnerischen Soldaten nicht aufzuhalten. Die demokratische Armee zog sich nach Süden in Richtung Schweiz zurück. Die

letzte Schlacht fand an der Murg statt, die vom Schwarzwald nach Westen fließt und bei Rastatt in den Rhein mündet.

Die zur Revolution übergegangene Festung Rastatt sollte das Rückgrat der Armee bilden. Doch der rechte Flügel am Oberlauf der Murg bei Gernsbach wurde bald geschlagen. Der drohende Einkreisung entzog sich die aufständische Armee durch den Rückzug nach Freiburg im Breisgau. Der Rest der Pfälzer Freischaren ging bei Basel über den Rhein ins Schweizer Exil. Die Trümmer der Badischen Armee versuchten vergeblich, wie schon Friedrich Hecker 1848, in Südbaden einen Gebirgskrieg zu entfachen. Sie mussten ebenfalls über die Grenze in die Schweiz. Allein die Festung Rastatt hielt sich noch. Sie kapitulierte erst zwei Wochen später, nachdem es über den Zusammenbruch des Aufstandes keinen Zweifel mehr geben konnte.

Die Preussen, die sich für die Befreier der demokratischen Gebiete hielten, füllten nun ein Standgerichtsurteil nach dem anderen. In Baden wurden 27 Demokraten hingerichtet. In Landau wurde der bayrische Leutnant Fugger - ein Spross aus dem berühmten Augsburger Handelshaus - standrechtlich erschossen. Die blutige preussische Herrschaft wurde zum Inhalt des berühmten *Badischen Wiegenliedes*:

Schlaf, mein Kind, schlaf leis!
Da draussen geht der Preuss.
Deinen Vater hat er umgebracht.
Deine Mutter hat er arm gemacht.
Und wer nicht schläft in guter Ruh,
dem drückt der Preuss die Augen zu.

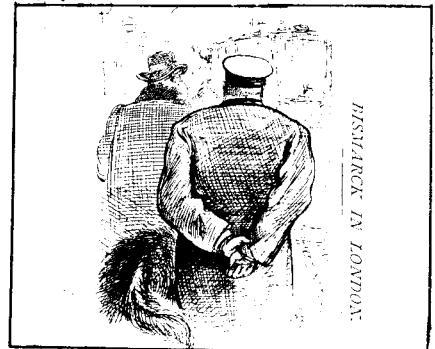
Schlaf, mein Kind, schlaf leis!
Da draussen geht der Preuss.
Der Preuss hat eine blutige Hand,
die streckt er über's badische Land,
und alle müssen wir stille sein
als wie Dein Vater unter'm Stein.

Schlaf, mein Kind, schlaf leis!
Da draussen geht der Preuss.
Zu Rastatt auf der Schanz,
da spielt er auf dem Tanz.
Da spielt er auf mit Pulver und Blei
so macht der Preuss die Badener frei

Schlaf, mein Kind, schlaf leis!
Da draussen geht der Preuss.
Gott aber weiss, wie lang er geht,
bis dass die Freiheit aufersteht.
Und wo der Vater liegt, mein Schatz,
da hat noch mancher Preusse Platz!

Die Preussen erklärten für die Pfalz und für Baden den Belagerungszustand. Kaiserslautern erhielt wie andere Pfälzer Städte Besatzungstruppen, die sog. *Strafbayern*. Zahlreiche Demokraten wurden verhaftet. Hunderte gerieten unter eine Flut von Prozessen, wobei sich schon die jahrelange Untersuchung ebenso auswirkte wie eine Verurteilung. Die ganze provisorische Regierung wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Tausende mussten in die Emigration. Die meisten wanderten nach den Vereinigten Staaten von Amerika aus, wo sie dann im Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 den Nordstaaten gegen die Sklavenhalter der Südstaaten beistanden.

Viele erreichten hohe Ämter in der Armee. Einige stiegen im diplomatischen Dienst auf. So wurde Jakob Müller, der energische und bei den Revolutionsgegnern verhasste Zivilkommissar von Kirchheimbolanden, Vizegouverneur des Staates Ohio. Im Jahr 1885 kehrte er als amerikanischer Generalkonsul nach Frankfurt am Main zurück.



Mit der demokratischen Revolution brach auch die demokratische Tradition zusammen. Der südwestdeutsche Liberalismus erlitt eine Niederlage, von der er sich bis heute nicht mehr erholt hat. Der Rest demokratischer Strömungen legte dann den Erfolg der Bismarckschen Reichseinigung hinweg.

Bis heute sind die bewaffneten Kämpfe für die Demokratie in Deutschland in der Pfalz nicht ganz vergessen. Auf den Friedhöfen von Kirchheimbolanden und Annweiler nahe Rinnthal erhielten die gefallenen Freischärler 25 Jahre später Denkmäler in Form einer trauernden Germania. Die Fruchthalle von Kaiserslautern, der einstigen Hauptstadt der Revolution, trägt heute die Inschrift:
Hier tagte die provisorische Regierung der Pfalz im Mai 1849.



Im Museum von Kirchheimbolanden findet man eine hervorragende Sammlung aus den Jahren 1848 und 1849, mit der Fahne der Donnersberg-Freischar, mit damaligen Waffen, Flugblättern und Freischarenblusen. Die pfälzische Heimatgeschichte hat sich immer wieder mit diesen Kämpfen beschäftigt, während es die grosse deutsche Geschichtsschreibung mit wehigen Ausnahmen vorgezogen hat, einen Bogen um diese Ereignisse zu machen.

Die Stätten der Gefechte zwischen der Freiheitsarmee und der preussischen Armee sind freilich bis heute ohne örtliche Kennzeichnung. Aufgrund von Augenzeugenberichten lassen sie sich aber ermitteln. Wer einmal auf einer Urlaubsreise oder einem Wochenendausflug in die Pfalz kommt, könnte ausser den Weinorten und Waldgebieten ruhig auch diese denkwürdigen Orte der revolutionären

Wag mit den Linealgezogenen Strichen!!

LESERBRIEF ZU 1848/49

Als Ergänzung zu den in der Stadtzeitung abgedruckten Artikeln über die Badener und Pfälzer Radikalen soll hier ein kurzer Abschnitt aus Heine's Denkschrift "Ludwig Börne" und die dazugehörige Anmerkung in der Heine-Gesamtausgabe von Kl. Briegleb (bei Hanser), der aus politischen Gründen an der Hamburger Uni Prüfungsverbot bekam, zitiert werden, den ich zufällig in der letzten Zeit gelesen habe.

Heine zitierte ein angebliches Gespräch zwischen ihm und Börne:

"Hier können sie es lesen, hier steht es gedruckt: 'Deutschland ist mit grossen Dingen schwanger!' Ja, das ist wahr, Deutschland geht schwanger mit grossen Dingen; aber das wird eine schwere Endbindung geben. Und hier bedarf's eines männlichen Geburtshelfers und der muss mit eisernen Instrumenten agieren. Was glauben Sie?" Ich glaube, Deutschland ist gar nicht schwanger.

"Nein, nein, Sie irren sich. Es wird vielleicht eine Missgeburt zur Welt kommen aber Deutschland wird gebären. Nur müssen wir uns der geschwätzigen alten Weiber entledigen, die sich herandrängen und ihren Hebammen - dienst anbieten. Da ist so ein Vettel von Rotteck. Dieses alte Weib ist nicht einmal ein ehrlicher Mann. Ein armseiliger Schriftsteller, der ein bisschen liberalen Demagogismus betreibt und den Tagesenthusiasmus ausbeutet, um die grosse Menge zu gewinnen, um seinen schlechten Büchern Absatz zu verschaffen, um sich überhaupt eine Wichtigkeit zu geben. Der ist halb Fuchs halb Hund, und hüllt sich in ein Wolsfell, um mit den Wölfen zu heulen..." (S. 64; 840)

Kl. Briegleb schreibt im Kommentar zu Börnes Verhältnis zu Rotteck:

"Sein Grund-Verhältnis zum Altliberalen Rotteck (dieser war zur Julirevolution 55 Jahre alt, seit 1798 Geschicht professor in Freiburg, lehnte eine Teilnahme am Hambacher Fest ab, obwohl ihm ein Ehrenbecher überreicht werden sollte) ist Misstrauen. Es beruhte primär auf Börnes Ablehnung der

demokratischen Bewegung Deutschlands besuchen. Die Hauptstrasse von Bellheim bei Germersheim, der Schlossgarten von Kirchheimbolanden und die erste Talenge auf der Strasse von Rinthal nach Pirmasens, dies sind die zu Unrecht vergessenen Gedenkstätten der Kämpfe um eine demokratische Verfassung Deutschlands.

Damit uns nicht die anziehende Pfälzer Landschaft von Wäldern und Weinfeldern den wünschenswerten Schmerz der historischen Erinnerung raubt, sollten wir uns die unerfüllte Hoffnung des Offiziers einer badischen Freischar in Erinnerung rufen. Dieser letzte Aufschrei des ersticken Aufstandes entstand im Schweizer Exil sofort nach der Niederlage:

*Baden ist ruhig wie das Grab. Aber aus der unheimlichen Stille hört man zuweilen einen unwillkürlichen, halb unterdrückten Schrei, einen Schrei

deutschen Gelehrten, die nur tapfer gegen ihresgleichen sein könnten und das Volk vergessen, dem die Literatur jedoch zugewandt werden müsse. Börne kann es nicht glauben, als er von der Verhaftung Rottecks wegen Beteiligung an blutigen Unruhen in Braunschweig und Göttingen hört (es war in der Tat eine Falschmeldung): "Das wäre sehr merkwürdig. Zwar hat sich Rotteck immer als liberaler Schriftsteller und Deputierter gezeigt; indessen hat er die dem deutschen Gelehrten eigene Mässigung nie überschritten..." (S 823; 1831)

"Als dann die Bundesgewalt zugeschlagen, nach dem Hambacher Fest mit erneuerten Beschlüssen gegen die Pressefreiheit die badische liberale Bewegung zurückgeworfen hatte, goss Börne offen seinen Hohn aus: nicht auf die ausführenden badischen Minister, sondern gegen die Machtunkundigen, die in den Ruhestand versetzten Professoren Rotteck und Welcker, die, schafsgutmütig, dem Scheineinlenken der in Wahrheit gewaltdürstigen Fürsten und Fürstendiener geglaubt hatten... Verzweiflung und Verachtung schliesslich leitet dann eine vernichtende Kritik gegen Rotteck, als dieser 1833 in einer demokratischen Wahl zum Bürgermeister von Freiburg gewählt wurde, die Wahl aber selbst anfocht, als die Regierung sie für ungültig erklärt hatte: "Was wird bei uns nicht alles noch geschehen, welche Leiden werden erduldet werden müssen, bis sie es zu einer Revolution bringen... War denn hier an Rotteck, an Rotteck, an Freiburg gelegen? Darauf kam



es an, dass ein Volk sein Recht behauptete und seine Kraft geltend machte und zeige..." (Börne, Schriften). Als liberaler Spiesser und Konformist schliesslich steht Rotteck im 110. Brief da, "unter dem Regenschirm der Legalität".



des Schmerzes und der Rache. Dann aber wirbeln die Trommeln dumpf darüber hin. - Es ist der Totenmarsch. - Eine Hinrichtung. - Aber es ist nicht mehr lange Zeit, so wird ein Schrei ertönen, der von der Weichsel bis zum Rheine herüberdringt. Die Glocken werden durch das Land heulen und die Trommeln wirbeln und das Volk zuhauf kommen; denn es ist der Generalmarsch der Revolution, den man schlägt, die Auferstehung der Freiheit.*



wimmernd: "Bleibt nur immer auf dem gesetzlichen Weg!" (Börnes Schriften)

Kennzeichnend für das Geschichtsverständnis unserer heutigen sozial-, christlich- oder liberal- auf alle Fälle "demokratischen" Stadtväter ist es, dass zwar diesem Rotteck aber nicht dem kämpferischen Hecker und erst recht nicht dem auch an den badischen Aufständen beteiligten F. Engels eine Strasse in Freiburg gewidmet ist. Für unser Geschichtsverständnis ist es wichtig, diese Schattenseiten der deutschen Geschichte, wie sie sich beispielsweise mit dem Namen Rotteck verbinden, aufzuarbeiten, ohne daraus gleich eine Theorie von der Unmöglichkeit einer Revolution in Deutschland zu machen. Trotz der badischen Fürsten und der Rottecks kam es wenige Jahre später (1848/49) auch in Deutschland zu bedeutenden Massenbewegungen!

Ch. Geyer

10 JAHRE TRIKONT

BÜCHER

Franzosenbewegung, Indianer, Ökologie, AKW-Nein-Bewegung, Altenbewegung, Jugendrevolte, Musik, Biographien, Knast, Psychiatrie, Arbeiterradikalismus, Italien, Spanien, Dritte Welt, Amerika und Zeitschrift AUTONOMIE - Materialien gegen die Fabrikgesellschaft.



SCHALLPLATTEN

Walter Moßmann, Tommi und MEK, Klaus der Fiedler, Dave Corner, Weckers Uhrwerk, M.E.K. Blik, Oktober, Rote Rube, Warmer Sudwind, Linksradikales Blasorchester, 3 Tornados
Liedermacher, Politrock, Straßenmusik, Kneipenkabarett, Blasmusik, Mundartlieder, Regionalmusik aus Baden, Elsaß, Nordschweiz, Bretagne, Wales, Okzitanien. Liedermacher aus USA: Guthrie, Ochs, Dylan, Holly Near, Pete Seeger u.a.
Indianerlieder und -musik. Christiania, Italien, Lateinamerika, Spanien u.a.

Genau informiert unser Almanach 10 Jahre Trikont und die Musikzeitung UNSERE STIMME. Kostenlos anfordern. TRIKONT-Verlagskollektiv, Kistlerstr. 1, 8000 München 90, Tel. (089) 691 78 21-22

ZUM SOGENANTEN "KONTAKTSPERREGESETZ"

DER FOLGENDE BEITRAG IST IM WESENTLICHEN DER ERSTE TEIL DES MANUSKRIPTES EINER VERANSTALTUNG, DIE VON EINER GRUPPE JURISTEN IN DER UNIVERSITÄT ZUM KONTAKTSPERREGESETZ DURCHFÜHRT WURDE. WIR HALTEN DIE VERÖFFENTLICHUNG DER INFORMATIONEN ZU DIESEM GESETZ FÜR WICHTIG, WEIL DARAN DEUTLICH WIRD, WELCHE MÖGLICHKEITEN DER EINFLUSSNAHME UND MACHTAUSÜBUNG AUF POLITISCHE HÄFTLICHE UND IHRE VERTEIDIGER SICH DER STAAT DURCH DIE VERABSCHIEDUNG DIESES GESETZES GESCHAFFEN HAT.



Am Sonntag, den 2. Oktober hat das in beispielloser Schnelligkeit durchs Parlament gepeitschte sogenannte "Kontaktsperregesetz" in Kraft.

Nur ein einziges Mal ging eine Gesetzesverabschiedung noch schneller: es ging um die Erhöhung der Abgeordneten-Diäten.

Bundesjustizminister Vogel liess am gleichen Tag die Kontaktsperre für ca. 70 Gefangene in Kraft treten. Damit wird die sowieso schon vorher angeordnete Totalisolation nachträglich legalisiert.

Denn faktisch war schon bereits seit dem 5. 9. 77, dem Tag der Schleyer-Entführung, jedlicher Kontakt der Gefangenen zu ihren Verteidigern und untereinander total unterbrochen worden. Dies geschah nicht etwa aufgrund eines Gerichtlichen Beschlusses, sondern aufgrund der blossen Anweisung der Justizminister der Länder, die den einzelnen Leitern der Vollzugsanstalten die totale Isolierung der politischen Gefangenen befehlen.

Diese Anordnung der Exekutive wurde am 23. 9. 77 auf eine Beschwerde des Generalbundesanwaltes hin, vom Bundesgerichtshof bestätigt.

Begründung: Zwar stehe die Einschränkung(!) des Verteidigerverkehrs im Widerspruch(!) zum § 148 Strafprozessordnung (StPO) sei jedoch unter dem Gesichtspunkt des rechtfertigenden Notstands im Interesse des Schutzes höherrangiger Rechtsgüter nicht zu beanstanden.

§ 148 Abs. 1 StPO lautet:

Dem Beschuldigten ist, auch wenn er sich nicht auf freiem Fuss befindet schriftlicher und mündlicher Verkehr mit dem Verteidiger gestattet. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat also, die Totalisolation der Gefangenen mit Hilfe der altbewährten Konstruktion des *übergesetzlichen Notstands* nachträglich legalisiert- in einem Fall, wo nicht nur keine gesetzliche

Grundlage für die Anordnung gegeben war, sondern diese sogar konkret durch eine strafprozessuale Vorschrift verboten war.

Um das ausschliesslich am staatlichen Machtanspruch orientierte Rechtsverständnis des BGH zu verstehen, muss man sich vor Augen halten, für welche Fälle diese Konstruktion geschaffen war und wozu sie heute missbraucht wird.

Entwickelt wurde der *übergesetzliche Notstand* (heute *rechtfertigender Notstand*) anhand eines Falles medizinischer Indikation bei § 218, um den wegen der Gefahr für das Leben der Mutter nötig gewordenen Schwangerschaftsabbruch rechtfertigen zu können.

Der *übergesetzliche Notstand* sollte also dem Einzelnen ein individuelles Verteidigungsrecht gegen den Strafanspruch des Staates geben.

Die aktuelle Anwendung verkehrt das Verhältnis Bürger - Staat ins Gegenteil, *rechtfertigender Notstand* schützt nunmehr nicht mehr den Bürger vor dem Staat, sondern ermächtigt den Staat zu repressiven Massnahmen gegenüber dem Bürger.

Auf einer Pressekonferenz in Bonn am 28. 9. 77 erklärten 16 Rechtsanwälte: ... *damit an dieser Stelle ein Funktionwandel des Gesetzesbegriffs begonnen, der in seinem Wesensgehalt bereits aus den Notverordnungen der Weimarer Republik und den nationalsozialistischen Rechtstheorien eines Carl Schmitt bekannt ist: aus der Rechtsnorm wird eine blosser Ermächtigungsnorm, die sich nicht mehr mit Massstäben der Rechtmässigkeit messen und überprüfen lässt, sondern allein noch mit dem Massstab der Erforderlichkeit und der Zweckmässigkeit.

Die gleichzeitige faktische Aufhebung der Gewaltenteilung entbindet von der Pflicht die *Erforderlichkeit* noch gegenüber irgendwelchen Stellen konkret belegen zu müssen.*

Erinnern wir uns: Gleichzeitig mit der Anordnung der Totalisolation wurde vom Krisenstab die lückenlose Nachrichtensperre über die Vorgänge in Stammheim und die Umstände im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung verhängt.

Der Krisenstab, eine Art militärische Befehlszentrale, wie sie die Verfassung gar nicht kennt, bestimmt also ohne parlamentarische oder öffentliche Kontrolle, was *erforderlich* und nach diesem neuen nazistischen Gesetzesbegriff damit auch rechtmässig ist.

Dazu ein Zitat von Helmut Schmidt aus der Rede auf dem Landesparteitag der SPD in Hamburg: *Wir hat-

ten einen verdammt Grund in diesen Tagen, die Terroristischen Häftlinge - egal ob Strafgefangene oder ob noch Untersuchungsgefangene, weil zwar schon in der ersten Instanz, aber noch nicht rechtskräftig verurteilt -- es ist wahr, wir hatten einen verdammt Grund, sie gegenwärtig von ihren Verteidigern und von anderen Besuchern zu isolieren. Das versteht jeder, ich brauche nicht auszuführen, was es für Anhaltspunkte gab, diesen Grund zu erkennen.* Nachdem das * Erforderliche* längst getan ist, befriedigt dieser Krisenstab sein Legalitätsbedürfnis, indem er sich vom Parlament den *Persilschein* für seine Massnahmen erteilen lässt.

Denn auf Dauer schien den Krisenstäblern wohl die ständige Berufung auf den Staatsnotstand nicht besonders publikumswirksam, geht es doch dem Staat immer um die *ruhige* und entschlossene Behauptung des Normalzustandes.* Dazu bedarf es eben der formalen Gesetzmässigkeit, mit welcher der Machtcharakter staatlicher Massnahmen trefflich verschleiert wird.

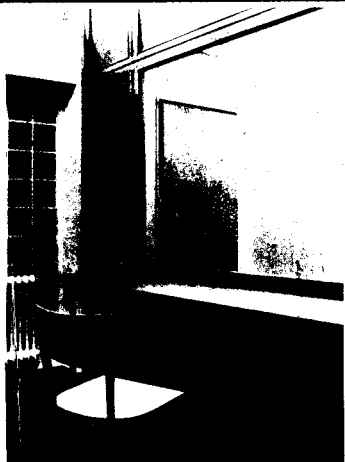
Der Abgeordnete Weber (SPD) sieht das so: *Dieser Staat befindet sich nicht in einem Staatsnotstand. Wir wollen deshalb auch nicht den übergesetzlichen Notstand durch die Gerichte strapazieren lassen. Sondern wir wollen selbst ausnahmslos, vollständig und unverbrüchlich den Inhalt unserer Verfassung ausschöpfen... Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Dieses Parlament, sein Rechtsausschuss haben bewiesen, dass sie schnell und wirksam handeln können.*

INHALT DES GESETZES

1.) Wer ist vom Kontaktsperregesetz betroffen?

- Gefangene, die von der Justiz in irgendeinem Zusammenhang mit einer terroristischen Vereinigung gebracht werden.

Dass mit der vagen Formulierung des § 31 Kontaktsperregesetz (KSpG) jeder Linke, ist er erst einmal in den Fängen der Justiz geraten, total isoliert werden kann, hat sogar der linksliberale Abgeordnete Coppick begrif-



BESUCHSZIMMER IN STAMMHEIM

fen. Vor dem Deutschen Bundestag gab er zu bedenken, *dass diese Regelung auch für die nach einem solchen Anschlag neu Verhafteten gilt. Und wer da auch noch sagt: *Was geht das mich an! Ich habe nichts mit Terroristen zu tun!* dem muss deutlich gesagt werden, dass nach dem neuen Gesetz niemand, und sei er noch so unschuldig, davor sicher sein kann, etwa aufgrund einer Denunziation verhaftet zu werden, und für Wochen und Monate ohne jeden Kontakt zu seinem Rechtsanwalt oder auch nur zu einem Angehörigen in einem Gefängnis zu verschwinden.*

Ist also die Kontaktsperre erst einmal verhängt, dann genügt praktisch die Denunziation eines bösmeinenden Nachbarn, dem die Lebensformen in einer Wohngemeinschaft schon immer suspekt waren, und der schon immer das Gefühl hatte, dass da obenunterm Dach terroristische Machenschaften ausgeheckt werden.

Wirst du aufgrund einer solchen Denunziation verhaftet, so kannst du keinen Rechtsanwalt mehr hinzuziehen, du bist der Polizei und dem Ermittlungsrichter völlig ausgeliefert. Oder denken wir an den Fall Nora Poensger. Sie war aufgrund von Denunziationen verhaftet worden. Wäre es ihren Anwälten nicht innerhalb kürzester Zeit gelungen, eine Vielzahl von Zeugen herbeizuschaffen, die den Verdacht entkräfteten, so hätte man sie nicht auf freien Fuß setzen müssen. Wäre damals aus irgendeinem Grund die Kontaktsperre angeordnet gewesen, so würde Nora Poensger vielleicht heute noch im Knast sitzen.



3.) Wer ordnet die Kontaktsperre an?

Die grundsätzliche Feststellung nach §31 trifft die Landesregierung, die von ihr bestimmte oberste Landesbehörde oder BuJuMi (Vogel). Die Drecksarbeit machen die zuständigen Behörden der Länder. (§32, §33 Nach zwei Wochen bestätigt der Strafsenat des Oberlandgerichts bzw. des BGH die Feststellung! (§35)

4.) Dauer der Kontaktsperre?

Die Totalisolation besteht 30 Tage und *kann mit ihrem Ablauf erneut getroffen werden, wenn die Voraussetzungen noch vorliegen* (§36) Coppick sagte dazu vor dem Bundestag "... dass auch ein Unschuldiger verhaftet werden kann, ist doch nicht nur eine theoretische Möglichkeit, das wissen wir doch alle. Dieser Unschuldige kann dann über einen längeren Zeitraum ohne Kontakt im Gefängnis sitzen, denn das Gesetz kennt ja keine feste zeitliche Begrenzung. Die Feststellung, dass die Isolation notwendig sei, kann ja mehrfach wiederholt werden."

Um die Gefangenen der Willkür des Staatsschutzes vollends auszuliefern, sieht das KSpG noch ein paar Feinheiten vor:

a.) So kann die Internierung auch ohne gerichtliche Bestätigung weiter verhängt werden, wenn der Staatsschutz neue Gründe angibt: "War eine Feststellung nicht bestätigt, so kann eine erneute Feststellung nur getroffen werden, wenn neue Tatsachen es erfordern." (§36)

b.) Wenn ein Untersuchungsgefangener von der Kontaktsperre getroffen ist, dann wird ihm das Recht verweigert, bei den Haftprüfungsterminen einen Verteidiger heranzuziehen. Dieser wird lediglich von der Verkündung des Haftbefehls unterrichtet. Dies sei verdeutlicht am Beispiel Arndt Müller, der inzwischen übrigens in der JVA Freiburg einsitzt. Als Sozjus von Klaus Croissant und Newerla fiel er gleich unter die Kontaktsperre. Bei der Eröffnung des

Haftbefehls vor dem Ermittlungsrichter in Karlsruhe wurde durch richterlichen Beschluss seinem Anwalt die weitere Anwesenheit untersagt. Er bekam keine Kenntnis von dem, was Müller eigentlich vorgeworfen wurde. Ausser, dass gegen seinen Mandanten ein Verfahren nach §129a anhängig sei. D.h. die Anwendung dieses Gesetzes wurde, kaum in Kraft getreten, bereits vorverlegt, auf einen Zeitpunkt also, wo noch über Freiheit oder Unfreiheit des Betroffenen entschieden wird.

Das heisst also für "Geradegefangene" oder "Nochnichtgefangene": Die Hinzuziehung eines Anwaltes wird bei der Festnahme bereits und bei Haftprüfungstermin nicht gestattet.

AUSWIRKUNGEN DES KONTAKTSPERREGESETZES

1.) für die Anwälte

Obwohl bisher in keinem Fall die Komplizenschaft eines Anwalts mit seinem Mandanten bewiesen werden konnte, unterstellt dieses Gesetz eben diese Komplizenschaft. Betroffene Rechtsanwälte erklärten dazu:

"Für uns Verteidiger fingiert das Gesetz jetzt statt, wie bisher, Integrität, generell die Komplizenschaft. Dass im übrigen der BGH angeordnet hat, den Gefangenen seien für die Zeit des Anwaltsbesuchsverbots Pflichtverteidiger zu bestellen, die das Vertrauen der zuständigen Gerichte geniessen, ist der Beginn der Realisierung jener Vorschläge, nach denen in Zukunft bei politischen Gefangenen Vertrauensanwälte ganz grundsätzlich ausgeschlossen und nur noch Zwangsverteidiger zugelassen werden sollen. (vgl. § 34 III) Für den Bereich der politischen Justiz ist damit der Rechtsstaat am Ende."

2.) für die Gefangenen

Seit Beginn des Stammheimer Verfahrens hat sich die Funktion der Anwälte mehr und mehr auf die bloße Herstellung von Gegenöffentlichkeit reduziert. Die war zugleich der letzte Schutz der Gefangenen.

2.) Wann kann die Kontaktsperre angeordnet werden?

- a.) Gefahr (gegenwärtige) für Leib Leben oder Freiheit
- b.) Verdacht, dass Gefahr von einer terroristischen Vereinigung ausgeht
- c.) Gebotenheit der Totalisolation zur Abwehr der Gefahr.

Hierzu nur ein Beispiel, das die Anwendungsbreite dieser Vorschrift andeuten soll:

Der Staatsschutz lanciert eine Falschmeldung, wonach die RAF das Trinkwasser einer Grosstadt vergiften will (so geschehen im Sommer 74). Der Krisenstab tritt zusammen und erklärt, diese Aktion stehe im Zusammenhang mit einer geplanten Aktion zur Befreiung politischer Gefangener. Die Totalisolation von 100 Gefangenen sei geboten, nähere Gründe könnte man aufgrund sicherheitspolitischer und polizeitaktischer Erwägungen nicht angeben.

» — — —
 Mit der Trennung der Wahlverteidiger von ihren Mandanten sind diese nunmehr völlig dem Staat ausgeliefert. Durch die im Kontaktsperregesetz verrechtlichte Isolierung auch der Gefangenen untereinander, wird ihre Identität als Teil einer politischen Gruppe zerstört und damit die Widerstandskraft jedes einzelnen Gefangenen gegen das totale Ausgeliefert sein an den Staat gebrochen. Konkret sind die Gefangenen in völliger Wehr- und Rechtlosigkeit der Willkür der Strafvollzugsbeamten ausgeliefert;

Als Beispiel zwei Vorfälle, die Werne Hoppe seinem Rechtsanwalt berichtet hat:
 (Arbeiterkampf Nr. 118, 28. 11. 77)

"In der Nacht vom 21. zum 22. Oktober, also kurz nach dem Mord von Stammheim, brachten die Wachleute an seiner Zellentür eine Schlinge an, und erklärten höhnisch: "Nun sieh man zu, nun mach man Schluss, es hat sowieso keinen Zweck mehr, orientier dich an Stammheim und bring dich man selbst um!" Vor einigen Wochen fand er in einer Frisch gewaschenen Anstaltshose eine abgebrochene Messerklinge, ca 10cm lang und an der Spitze sehr scharf."

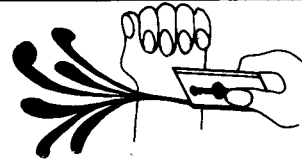
"GEISELNAHME" und "ISOLATIONS-FOLTER"

Am 17. 10. 77 sagte Golo Mann in "Panorama": "Der Moment kann kommen, in dem man jene wegen Mordes verurteilten Terroristen, die man im sicherem Gewahrsam hat, in Geiseln wird verwandeln müssen, indem man sie den Gesetzen des Friedens entzieht und unter Kriegsrecht stellt." Mit diesen Andeutungen steht Golo Mann nicht allein: Auch Ministerpräsident Kühn lag der Gedanke einer Geiselnahme durch den Staat wohl nicht so fern, als er die "Terroristen" wissen liess, "dass die Tötung von H. M. Schleyer auf das Schicksal der inhaftierten Gewalttäter... schwer zurückwirken müsste." (Welt, 14. 9. 77) Auch die Frage, die Georg Reissmüller einen Tag später in der FAZ stellte, weist in die selbe Richtung: "... Muss es dabei bleiben, dass die Terroristen foltern, erpressen, morden und mit all dem jederzeit drohen können, der Staat jedoch auf die Erhaltung von Leben und Gesundheit der Bandenmitglieder verpflichtet ist?..." Sieht man diese und andere Äusserungen im Zusammenhang mit einer Pressekampagne, mit der das Kontakt-

sperregesetz in der Öffentlichkeit abgestützt wurde und erinnert sich ferner daran, wiewenig die Bundesregierung zur Erforderlichkeit des KSpG zu sagen hatte, so wäre ein Schluss denkbar:

Der Staat wollte sich mit dem KSpG die Möglichkeit schaffen, in konkreten Fällen politische Gefangene in Geiseln zu verwandeln. Darüberhinaus wird mit dem Kontaktsperregesetz die Isolationshaft verrechtlicht.

In der nächsten Nummer der Stadtzeitung werden wir über die Hintergründe und Ziele eines Sonderforschungsbereiches an der Universität Hamburg berichten, der sich unter anderem mit sensorischer Deprivation befasst, einer unblutigen, deshalb aber nicht weniger grausamen Methode, durch Totalisolation von der Umwelt die Sinne auszuhungern und so den Willen der Gefangenen zu brechen, seine Persönlichkeit und seine politische Identität zu zerstören.



BOCHUMER ELTERNINITIATIVE IN FREIBURG

Seit vielen Jahren haben sich Eltern aus Bochumer Notunterkünften wieder einmal in Freiburg aufgehalten. Am 10./11. Dezember 77 fuhren einige Eltern, Jugendliche und Studenten der Ev. Fachhochschule für Sozialarbeit und der Ruhr-Universität Bochum in die Umgebung des Schwarzwaldes und besuchten u. a. einen Bauernhof in Bollschweil, den Jugendliche schon 1976 kennengelernt hatten. Eben so wurden Kontakte über Fotos und Film mit Bewohnern des Auggener Wegs weiter ausgebaut. Nach einem Gottesdienst in der Freiburger Zigeuner und Landfahnersiedlung wurden Adressen zwischen Jugendlichen und Eltern aus Freiburg und Bochum ausgetauscht. Nach einer am 31. 10. 77 ausgestrahlten "Monitor"-Sendung von Erich Potthast über die Wohnsituation der

Bochumer obdachlosen Familien warten ältere Familien schon über ein Jahrzehnt auf einen Pflegeplatz aus Krankheitsgründen, jüngere Familien in der zweiten Generation bekommen wegen der Vorurteile vielfach keine Arbeit in ihrem Beruf und sind daher auf Subunternehmer angewiesen, weil die Angebote von Arbeitsamt und Sozialberatung, wenn überhaupt wegen Personalmangel (z. B. gibt es keinen einzigen Sozialarbeiter für obdachlose Bewohner, die in den Siedlungen mit über 1900 Bewohnern arbeiten) mangelhaft bleiben. Weiterbildungskurse der VHS können schon wegen schlechter Busverbindungen - nach 19.00 fährt nichts mehr - nicht besucht werden. Schwerbehinderte bekommen schwerer eine Arbeitsstelle und bleiben



damit auch länger im Ghetto, weil das Geld für eine bessere Wohnung selbst für eine "bessere" Notunterkunft mit Dusche nicht gespart werden kann. Eine Bewohnerin, Frau O (siehe Bochumer Volksblatt 9/77) hat ihren Hund nicht abgegeben, wie es die Benutzungsordnung vorsieht. Sie hat als Unangepasste sich gegen Behörden gewehrt. Als Drohung steht die "Umsetzung" in eine primitivere Unterkunft ins Haus. Eine Schwarzwälderin aus Zimmern sah Frau O im Fernsehen und schickte ihr die Zusicherung, dass sie alles für die Erhaltung des Hundes in der Unterkunft tun möchte. Derartige erste Kontakte sollen weiter ausgebaut werden. Daher ist ein neuer Besuch für den Monat Februar 78, und zwar am letzten Wochenende, vorgesehen mit Übernachtung in einer Waldhütte bei Bollschweil. Ein Film über die Zigeunersiedlung und städtischen Wohnquartiere in Bochum zusammen mit einer Fotoausstellung soll dann den Freiburgern Gelegenheit geben, gegenseitig Vorurteile abzubauen zu helfen. Wer mithelfen will, dass eine Ferienfahrt im Sommer nach Freiburg mit Kinderreichen Familien Wirklichkeit werden kann, nehme Kontakt mit der Elterninitiative Bochum/Nord e. V. zu Händen von Gero Beust, Wibelstr. 26 Bochum 6, Tel. 0232713569 auf.

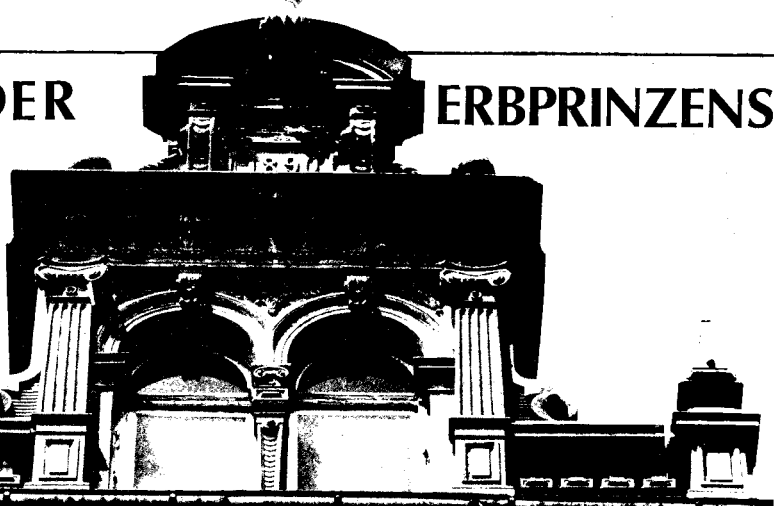
- GESCHENKARTIKEL - KERAMIK

KUNSTGEWERBE - SCHMUCK -

HUITZILOPOCHTLI

ENGELBERGERSTR. 37

und viele Sorten Tee!



Wie bereits in der Novemberausgabe berichtet, soll das in seiner Bausubstanz gut erhaltene Wohnhaus in der Erbprinzenstr. 19 abgerissen werden und einem Neubau mit Appartements zu 10 - 12 DM pro qm weichen.

WIDERSPRUCH VOR DEM REGIERUNGSPRÄSIDIUM

Gegen die vom Amt für Wohnungswesen erlassene Zweckentfremdungs-genehmigung, die Voraussetzung für den geplanten Abriß ist, haben die Mieter Widerspruch beim Regierungspräsidium eingelegt. Wichtige Entscheidungsgrundlage für diese Genehmigung war ein Kostenvorschlag für die Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes, der vom Schwiegerson der Hausbesitzerin erstellt wurde. In diesem Vorschlag sind zahlreiche Punkte angeführt, die nach Meinung der Mieter und eines im Auftrag der Mieter erstellten Architektengutachtens überflüssig sind: So sollen auch die erst 10 Jahre alten Doppelglasfenster ersetzt werden und alle Decken tiefer gehängt werden, obwohl hierdurch die Heizkosten nur unmerklich gesenkt werden. Gemäß Kostenvorschlag soll das nur an wenigen Stellen reparaturbedürftige Dach entfernt und mit neuen Dachziegeln und Dachlatten versehen werden, auch gut erhaltene Böden sollen ersetzt und alle Wasserableitungen erneuert werden. Auf-grund dieser und anderer überflüssiger Maßnahmen wurden die Instandsetzungs- und Modernisierungskosten auf 350.000 DM geschätzt. Diese Kosten wurden in einer Mietberechnung auf drei Wohnungen (obwohl vier Stockwerke vermietet sind) umgelegt und in voller Höhe den jetzigen Mieten zugerechnet: somit ging die Berechnung davon aus, daß die Mieten in ihrer bisherigen Höhe nicht zur Finanzierung von Renovierungskosten zu verwenden sind. Aufgrund des überhöhten Kostenvorschlages und dieses Berechnungsverfahrens ergaben sich unzumutbare Mieten von DM 13,- pro qm.

DAS GUTACHTEN DER MIETER

Im Widerspruchsverfahren bei Regierungspräsidium legten die Mieter ein ausführliches Gegengutachten vor, das von einem Architektenbüro für Stadt- und Altbausanierung erstellt wurde und auf einer gründlichen Untersuchung der Bausubstanz beruht. Das Gutachten kommt zu folgendem Schluß: "Die tragende Substanz des Gebäudes erfüllt ihre Funktion vollwertig, im Zuge einer Erneuerung des Gebäudes sind diese Teile nicht verbesserungsbedürftig. Es werden jedoch in den Bereichen des Ausbaus, der Haustechnik und Ausstattung Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen erforderlich", um einen heutigen Anforderungen entsprechenden Wohnstandard zu erreichen: Heizung, Warmwasserversorgung, Verbesserung der Wohnungsgrundrisse

REGIERUNGSPRÄSIDIUM WEIST DEN WIDERSPRUCH ZURÜCK

Das Regierungspräsidium hat unseren Widerspruch zurückgewiesen. Es hat dabei argumentiert, daß nur Hausbesitzer das Recht hätten, gegen Entscheidungen der Verwaltung, die Grundbesitz und Häuser betreffen, einen Widerspruch einzulegen, nicht jedoch die Mieter. Die Mieter sollen also nach Meinung des Regierungspräsidiums vom Rechtsweg ausgeschlossen werden. Die Mieter sind von den Entscheidungen der Verwaltung betroffen und haben - wie in unserem Falle - in Form einer Kündigung die Folgen zu tragen.

Obwohl das Regierungspräsidium unseren Widerspruch für nicht zulässig hält, hat es gnädigerweise auch inhaltlich zum Abriß Stellung genommen und hierbei die Behauptung des Amtes für Wohnungswesen, die Wohnungen in der Erbprinzenstr. 19 seien unzumutbar, einfach übernommen.

Das Gutachten ermittelt Instandsetzungs- und Modernisierungskosten von 140.000 DM, was einem Drittel der Neubauposten eines Objektes gleicher Größe entspricht. Bei Berechnung der künftigen Miete geht das Gutachten von den Höchst-sätzen der Wohngeldtabelle aus, wobei Preissteigerungen berücksichtigt werden, und schlägt die Modernisierungskosten der Mieten zu. Die Instandsetzungskosten müssen aus den regulären Mieten getragen werden. Es ergeben sich Mieten von DM 6,50 bzw. DM 4,70 bei geförderter Modernisierung pro qm.

Um seine Entscheidung zu rechtfertigen, erklärt das Amt für Wohnungswesen alle Wohnungen der Erbprinzenstr. 19 auch für Wohnungssuchende für ungeeignet, deren Einkommen unter den für den sozialen Wohnungsbau relevanten Höchstätzen liegt, "weil sie von diesem Personenkreis schlichtweg als unzumutbar abgelehnt würden." Um eine freiwerdende Wohnung in diesem Haus haben sich weit mehr als 20 Parteien beworben. Bei den Wohnungen, die das Amt für Wohnungswesen an Gastarbeiter vermittelt, legt das Amt ganz andere Kriterien an, an Gastarbeiter vermittelt sie Wohnungen ohne Bad und mit Klos ausserhalb der Wohnung. Wenn es aber darum geht, einem Hausbesitzer ein profitableres Projekt zu genehmigen, läßt das Amt die Zerstörung des noch halbwegs erschwinglichen stadtnahen Wohnraums zu.

Auch wird die Hausbesitzerin dafür belohnt, daß sie das Haus über Jahrzehnte hinweg verlottern ließ: Sie sparte nicht nur die Renovierungskosten und konnte so eine weit höhere Rendite erwirtschaften sondern erhält jetzt auch die Erlaubnis für den Abriß, da es das Regierungspräsidium für einen "nicht mehr zu vertretender Eingriff in das Eigentum" hält, die Hausbesitzerin auch die Folgen dieser Verlotterungspolitik tragen zu lassen. Mit dem von den Mietern vorgelegten Gutachten setzt sich das Regierungspräsidium nicht auseinander. Ohne einen Nachweis zu führen, nimmt es einfach doppelt so hohe Renovierungskosten an als in dem Gutachten der Mieter ermittelt wurden.

Der nächste Gerichtstermin ist Ende Januar, wir werden weiter berichten.

Die Mieter danken mit tränenersticker Stimme dem Amt für Wohnungswesen und dem Regierungspräsidium, die in selbstloser Hingabe dafür Sorge tragen, daß kein Mieter mehr in einer von ihr unverständlicher Weise gewünschten unzumutbaren Altbauwohnung wohnen darf und muß. Die Mieter sehen mit Hoffnung und in untätiger Ehrerbietung den vom Amt für Wohnungswesen bereitzustellenden zumutbaren Wohnungen zu zumutbaren Mieten entgegen. Die Mieter der Erbprinzenstr. 19

Advertisement for 'SCHMUCK & KLEIDER VON PIA & RAINER' featuring a woman in a leopard print dress and the name 'FISCHERAU 18'.

Antipsychiatrie in Italien
Basaglia und die Folgen

Die Entlassung aus dem Ghetto

Sil Schmid

Vom 13. bis 18. September diskutierten in der norditalienischen Hafenstadt Triest etwa 2000 Kongreßteilnehmer und Besucher über die Erneuerung der Psychiatrie. Organisiert war die Zusammenkunft vom „Reseau International“, einer Vereinigung alternativer Psychiatrie-Operatoren aus Österreich, Belgien, Kanada, Frankreich, der Bundesrepublik, Großbritannien, Italien, Mexiko, Portugal, Spanien, der Schweiz und den USA.

Im Mittelpunkt des Interesses stand der Direktor der Psychiatrerklinik von Triest, Prof. Franco Basaglia, mit seiner aufsehenerregenden Kunde von der baldigen Schließung der Triester Anstalt.

Geschockt

Das Ziel ist nicht die
Humanisierung der Anstalt
sondern ihre Abschaffung

Es ist nicht das erste Mal, daß der 1924 geborene Venezianer das psychiatrische Establishment mit seinen radikalen Plänen schockt. Denn seit jeher erklärt er jedem, der es hören will, sein Ziel. Dieses Ziel ist nicht die Humanisierung der Anstalt, sondern ihre endgültige Abschaffung.

Die theoretische Begründung für diesen Plan hatte sich der radikale Kritiker herkömmlicher psychiatrischer Praktiken gemeinsam mit seiner Frau Franca Ongaro und seinem Team schon in Gorizia erarbeitet, wo er von 1961 bis 1969 die Provinzpsychiatrieklinik leitete. Das Experiment Gorizia endete mit einem Eklat: Die Verantwortung für das Tötungsdelikt eines Patienten wurde dem unliebsamen Psycho-Revolutionär in die Schuhe geschoben. Basaglia trat schließlich – trotz gewonnenem Prozeß – zurück, denn ohne Unterstützung der Behörden läßt sich ein Reformprojekt wie das seinige nicht durchführen.

Nach einjährigem USA-Aufenthalt übernahm Basaglia 1971 die Leitung der Psychiatrerklinik „San Giovanni“ von Triest. Über seine Demontage-Pläne hatte er den zuständigen Provinz-Präsidenten nicht im unklaren gelassen.

Bedingungen

Gitter und Kontrollen
verschwanden. Das veränderte
die Beziehungen: nach innen
und außen

Aber diesmal... Basaglia die Unterstützung der... Denn Triests progressive Psychiatrie hat

„San Giovanni“ waren sich 1896, als sie die Pläne für das neue Hospital schufen, einig: Sie wollten eine ultramoderne, für das österreichisch-ungarische Kaiserreich, zu dem Triest damals gehörte, beispielhafte Anstalt bauen. Und modern wirkt der Gebäudekomplex auch heute noch, trotz seines mit dem typisch österreichischen „Habsburg-Gelb“ überlackten Klassizismus. In einem Riesenspark von über zwanzig Hektar stehen ein gutes Dutzend Palazzi und Pavillons. Sie eignen sich vorzüglich für Basaglias Praxis, die er und seine Mitarbeiter „Ent-Institutionalisierung“ nennen.

Dieser Prozeß hat nahezu sechs Jahre gedauert. Konkret läßt sich sein Verlauf in fünf Phasen einteilen:

Eine erste Phase galt der allmählichen Öffnung der ganzen Anstalt. Öffnung heißt in diesem Fall zweierlei: Öffnung im Innern und Öffnung nach außen.

Die Öffnung im Innern: Sämtliche geschlossene Abteilungen wurden Schritt für Schritt eröffnet, sämtliche Kontrollmechanismen beseitigt, sämtliche Schlösser abgenommen. Alle repressiven Erziehungsmethoden, von der Zwangspacke über die Schweißkappen bis zum Zwangsein- und -ausgang, wurden wirksam abgeschafft.

Die Öffnung nach außen: Sämtliche Gitter, Einzäunungen, Türkontrollen verschwanden. Die Schlüssel wurden den Patienten übergeben. Die Klinik-Insassen können das Areal verlassen, die Bevölkerung der Stadt kann es jederzeit betreten und sich dort so frei bewegen, wie in irgendeiner öffentlichen Anlage.

Parallel zur Öffnung im Innern entstehen im Ospedale Psichiatrico Versammlungen von Insassen, Ärzten und Pflegern. Denn diese Öffnung bringt eine Veränderung der Beziehungen aller Insassen untereinander mit sich. Um diese Veränderung und die von ihr ausgelösten Krisen zu bewältigen, ist eine intensive Kommunikation aller an diesem Prozeß Beteiligten unabdingbar. Die Vollversammlung hat sich als ein dazu geeignetes Hilfsmittel erwiesen, aber es ist nicht das einzige. Intensive Kommunikation heißt auch dauernde Auseinandersetzung in nicht institutionalisierten Gesprächen zu Zweit, in Gruppen, in Versammlungen.

Noch schwieriger ist es, die Öffnung nach außen zu bewältigen. Denn Öffnung nach außen bedeutet auch in diesem Fall eine Umgestaltung der Beziehungen – nämlich der Beziehung zwischen der Anstalt und der Bevölkerung. Diese Beziehung aber ist von Anfang an belastet – für beide Seiten. Für die „drinnen“, weil sie im „Draußen“ den Feind erkennen, der sie an den Rand gedrängt hat. Für die „draußen“, weil sie überzeugt sind, Geistes-krankte seien gefährlich und aggressiv. Das einzige Mittel, um solche Vorurteile abzubauen, ist die konkrete gegenseitige Auseinandersetzung im direkten Kontakt.

Eine zweite Phase, die logisch auf die Öffnung folgt: Die Insassen werden selbstbewußter – sie beginnen, sich über die Mißstände in der Anstalt zu beschweren. Die ungenügenden sanitären Einrichtungen kommen ebenso zur Sprache, wie die Häßlichkeit des Innenausbaus. Natürlich auch das Geldproblem: die Notwendigkeit, zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse über eine kleine Geldsumme zu verfügen. Und damit auch der Anspruch auf bezahlte Arbeit.

All diesen Bedürfnissen versucht die Anstaltsleitung gerecht zu werden:

- Indem sie Toiletten und Bäder renoviert und neue einrichtet.
- Indem sie das anonyme, verschlissene Anstaltsmobiliar durch neue, bunte Plastikmöbel ersetzt
- Indem sie die Anstaltskleidung nach Möglichkeit abschafft und auf dem Hospital-Areal einen Coiffeursalon einrichtet.
- An bedürftige Insassen werden zur freien Verfügung Unterstützungsbeiträge ausbezahlt. Als Arbeitsmöglichkeit für alle Patienten gründen Insassen und Pfleger gemeinsam die Kooperative „Lavoratori Uniti“. Sie erledigt zu ortsüblichen Sätzen Reinigungsarbeiten, Gärtnerdienste und Hauswartaufträge.
- Kulturelle Anlässe, an denen sowohl Patienten wie Stadtbewohner teilnehmen, Gruppen von Künstlern arbeiten, zusammen mit Patienten,

auf dem Klinikareal. Sie bauen aus Holz und Papiermaché ein riesiges blaues Pferd, das im Februar 1973 unter großer Beteiligung der Bevölkerung, durch die Straßen Triests gezogen wird. Ein anderer Künstler bastelt – ebenfalls gemeinsam mit Insassen – aus den ausgemerzten Anstaltsmöbeln, aus alten Nachttischen, Fenstergittern und Bettladen sieben riesige „Totems“. Als Zeugen der Befreiung von Triests Psychiatriepatienten ziehen sie jetzt durchs ganze Land. Sie werden in Fabriken, Quartierzentren und Schulen ausgestellt und diskutiert.

– Weitere Schritte zur Aufhebung des Gegensatzes zwischen Innen- und Außenwelt: Ein Kindergarten für Kinder aus der Nachbarschaft wird im Park von San Giovanni eröffnet. Kulturelle Veranstaltungen, Filmvorführungen, Konzerte für die gesamte Bevölkerung finden auf dem Klinikareal statt.

Die Entinstitutionalisierung ist ein Kampf um die Wiederherstellung der Integrität des Psychiatriepatienten – körperlich und sozial. Dazu gehört

auch die Wiederherstellung seines juristischen Status als voll verantwortlicher Bürger – die dritte Stufe im Triestiner Befreiungsprozeß.

Basaglia: „Psychiatriepatienten sind bevormundete Wesen ohne das Recht auf einen sozialen Kontrakt mit dem Staat.“ Um dieses Recht wiederherzustellen, haben die Triestiner Psychiater zwei entscheidende Schritte unternommen: der Kampf gegen die Zwangseinweisung und die Einführung des Status eines „Gastes“ in der Klinik von San Giovanni.

Dieser Beitrag ist die Zusammenfassung eines Berichts über demokratische Psychiatrie in Italien, der im November bei Wagenbach unter dem Titel: „Freiheit heilt“ erscheint. Das Basaglia-Interview ist (leicht gekürzt) dem Wagenbach-Taschenbuch entnommen.

Als Basaglia 1971 die Leitung übernahm, lebten im Ospedale Psichiatrico 1200 Patienten. Davon waren 840 zwangsweise eingewiesen und somit automatisch bevormundet. Ein Gesetz aus dem Jahr 1968 erlaubt den diensttuenden Ärzten in Italiens Psychiatriekliniken ausdrücklich, auch freiwillige, also auf eigenen Wunsch eintretende Patienten zu behandeln. Auf Grund dieses Gesetzes hat sich in Triest die Praxis eingespielt, zwangseingewiesene Patienten („Coatti“) in „freiwillige“ („Volontari“) zu verwandeln.

Die Prozedur ist einfach: Zwangseingewiesene Patienten werden nach wenigen Tagen oder Wochen, sobald ihr Zustand es erlaubt, entlassen. Sie bleiben erklärtermaßen aus freien Stücken, also als Freiwillige, zur Behandlung in der Klinik.



Durch diesen Mechanismus ist die Zahl der „Coatti“ in der Klinik San Giovanni beinahe auf Null, das heißt bis auf jeweils ein paar wenige Neuingewiesene abgesunken.

Eintritt schrittweise

Wer die Bedingungen seines Lebens kritisiert und verändert, verändert zugleich das Verhältnis zu sich selbst: er nimmt sich wichtig. Erster Schritt zur Heilung

1973 erläßt die Administration, auf Initiative der Klinikleitung ein Reglement, wonach in San Giovanni der Status des „Ospite“ (Gast) eingeführt wird. „Ospiti“ sind alle Patienten, die keiner psychiatrischen Betreuung mehr bedürfen, die aber aus persönlichen Umständen nicht entlassen werden können: Weil sie keine Wohnung haben, oder weil ihre Familie sie nicht aufnehmen will. Oder weil sie keine Arbeit finden und somit nicht in der Lage sind, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Um die „Ospiti“ ihrem Zustand entsprechende unterzubringen, verwandelte die Klinikleitung eine Anzahl von Pavillons in Wohnhäuser. In ihnen lebten im Januar 1977 etwa 300 Gäste in Wohngemeinschaften. Viele von ihnen arbeiten tagsüber in der Stadt. Sie verpflichten sich, für ihre Handlungen in voller Autonomie die Verantwortung zu tragen, wie wenn sie in einem Hotel leben würden.

In drei Stadien also erlebt der Psychiatriepatient, der zwangsmäßig in Triests Psychoklinik eingewiesen war, seine juristische Rehabilitation: Vom entwürdigten „Coatto“ (Zwangseingewiesenen) wird er sobald wie möglich in den „Volontario“ (Freiwilligen) verwandelt. Und vom freiwilligen Patienten wird er dann zum „Ospite“ (Gast) erklärt, wenn es nur noch die sozialen Umstände sind, die seine Rückkehr in die Gesellschaft verhindern.

Ent-Institutionalisierung heißt aber auch Dezentralisierung, also die Verlegung sozialpsychiatrischer Dienstleistungen aus der Anstalt heraus in die Quartiere der Stadt. Die Italiener nennen die zu diesem Zweck geschaffenen Außenzentren „Centri d'Igiene Mentale“. Fünf Zentren sind im Zeitpunkt der Klinikschließung in Funktion. In diesen Außenzentren werden Patienten zum Teil stationär, zum Teil ambulant behandelt. Jedes der Zentren hat, entsprechend dem Stil und den Neigungen der dort tätigen Teams, seine ganz spezifischen Schwerpunkte und Methoden entwickelt.

Die fünfte und entscheidende Phase im Abbau der Anstalt ist natürlich die Re-sozialisierung entlassener Patienten: ihr Wiedereintritt also in das soziale Geflecht der Stadt. Das Schlüsselwort heißt „Appartamenti“ (Wohnungen). Das bedeutet: Die entlassenen „Gäste“, die bereits auf dem Klinikareal in relativer Freiheit in Wohngemeinschaften zusammenlebten, übersiedeln in Wohnungen in der Stadt. Natürlich werden diese ehemaligen Patienten nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. Ihre

Wiedereingliederung ist vielmehr die letzte Phase des Prozesses, der in der Klinik nach der Einlieferung seinen Anfang nahm. In der Konfrontation mit Mitmietern und Nachbarn soll er nun seinen Abschluß finden.

Eine intensive Betreuung durch Pfleger, Sozialarbeiter und – nötigenfalls – auch die Ärzte der Klinik begleitet diese letzte Phase. Ihr wichtigstes Element beschreibt eine Basaglia-Mitarbeiterin so: „Natürlich gibt es Konflikte mit den Nachbarn. Und diese Konflikte müssen bewältigt werden, genauso wie die Konflikte innerhalb der Wohngemeinschaft. Aber es sind Konflikte, wie sie jeder ‚normale‘ Bürger auch kennt. Nicht mehr Spannungen zwischen ‚Kranken‘ und ‚Gesunden‘, sondern natürliche Reibungen zwischen Menschen, deren Bedürfnisse, Temperamente und Lebensgewohnheiten aufeinanderprallen.“ Im Zeitpunkt der Klinikschließung sollen rund zwanzig solche Wohngruppen in Triest funktionieren.

Es ist selbstverständlich, daß keine der fünf genannten Phasen ohne ungeheure Schwierigkeiten, Probleme, Rückschläge und Konflikte über die Runden kam. Daß sie überhaupt stattfinden konnten, ist weniger das Verdienst Basaglias, als das Resultat des fast unmenschlichen Einsatzes seiner Mitarbeiter. Viele von ihnen sind Volontäre, das heißt auswärtige Studenten. Angezogen vom Modellcharakter des Triester Experiments jobben sie hier für ein paar Monate.

Und hier setzt eine wichtige prakti-

Ausweitung

Durch die Verbindungen zu linken Parteien und Organisationen der Arbeiterschaft wird Entinstitutionalisierung zu einem bewegenden Prinzip der italienischen Gesundheitsreform

Und zudem: Basaglias Triester Experiment ist längst nicht mehr das einzige Modell. Denn aus der Görzer Initiative der Basaglianer ist inzwischen eine breite Bewegung geworden. Die von Basaglia und seinen Gesinnungsgenossen gegründete Vereinigung „Psichiatria Democratica“ zählt heute nahezu 3000 Mitglieder.

Sie arbeiten in mehr oder weniger traditionellen Psycho-Kliniken des ganzen Landes und sie tragen die Gedanken der demokratischen Alternative in die Institutionen, in denen sie tätig sind.

Unter ihrem Einfluß sind eine ganze Reihe interessanter Experimente zustande gekommen. So beispielsweise in Parma, wo unter der Leitung von Dr. Ferruccio Giaccanelli vor allem die Eingliederung geistig Behinderter in die Arbeitswelt betrieben wird. Oder in Arezzo, wo unter dem ehemaligen Basaglia-Mitarbeiter Dr. Agostino Pirella ähnlich gearbeitet wird wie in Triest – allerdings ohne den Anspruch auf baldige Schließung



sehe Kritik – nebst vielen theoretischen aus der konservativen Ecke – am Modell der Basaglianer an: Ohne den übermenschlichen Rund-um-die-Uhr-Einsatz dieser jungen Leute, so sagen viele Kenner der Triester Psychiatrie – läßt sich Basaglias Theorie nicht in die Praxis umsetzen.

Der Einwand mag begründet sein – die therapeutischen Erfolge der demokratischen Psychiatrie lassen sich dadurch nicht wegdiskutieren. Das Argument beweist im Gegenteil die Richtigkeit der These italienischer Alternativpsychiater, daß die traditionelle Anstalt nicht für die Patienten funktional ist, sondern für die Psychiater und ihr Personal.

der Anstalt. Immerhin: Auch hier, ebenso wie in Triest, Parma, Reggio Emilia und Perugia, sind dank verschiedenen territorialen Alternativen die Einweisungen und die Patientenzahlen gewaltig zurückgegangen.

Und wichtiger noch: Dank der Verbindung der demokratischen Psychiater mit den Linksparteien und den Organisationen der Arbeiterschaft – vor allem mit den Gewerkschaften – ist es gelungen, die Ent-Institutionalisierung zu einem der Grundpfeiler der italienischen Gesundheitsreform zu machen, die gegenwärtig im italienischen Parlament zur Diskussion steht. Ein erster Erfolg steht bereits fest: In Italien darf keine neue Psychiatrie-Anstalt mehr gebaut werden. Dafür soll ein Netz von „Centri d'Igiene Mentale“ das ganze Land überziehen.

Die grundsätzliche Übereinstimmung über eine alternative Praxis unter Italiens demokratischen Psychiatern fußt zweifellos auf der verbindlichen gemeinsam erarbeiteten Analyse der Institution und ihres Korrelats, der bürgerlichen Psychiatrie. Diese Analyse wird – mit Nuancen – von allen Vertretern der „Neuen Linien“ akzeptiert. Um eine eigene wissenschaftliche Theorie über Entstehung und Wesen der Geisteskrankheit haben sie sich hingegen bisher wenig gekümmert. Das heißt allerdings nicht, daß sie auf eine theoretische Grundlage ihrer Praxis verzichten.

Im Gegenteil: Kaum in einem Land sind die kritischen Arbeiten amerikanischer, englischer, französischer und deutscher Wissenschaftler so intensiv aufgenommen, diskutiert und in der Praxis erprobt worden, wie in Italien.

So vergeht auch kaum ein Monat, ohne daß eines der renommierten Verlagshäuser – Feltrinelli, Editori Riuniti, Einaudi oder Boringhieri – einen Beitrag zur Psychiatrie-Diskussion publiziert.

Übernommen wurden nicht nur die kommunikationstheoretischen Ansätze britischer und amerikanischer Wissenschaftler, sondern viele Erkenntnisse der neueren Soziologie, Psychologie, Psychodynamik, Anthropologie und Philosophie. Namen wie Noam Chomsky, Klaus Dörner, Irma Gleiss, Erving Goffman, Ronald D. Laing, Theodore Lidz, Thomas L. Szasz, Lyman C. Wynne (um

nur einige zu nennen) gehören selbstverständlich zur Entwicklungsgeschichte der neuen italienischen Psychiatrie. Und rege Kontakte mit kritischen Intellektuellen der Nachbarländer, die sich mit diesen Problemen auseinandersetzen, – etwa den Franzosen Robert Castel, Michel Foucault und Jean-Paul Sartre – sind beispielsweise für Franco und Franca Basaglia selbstverständlich.

Eine italienische Schule der Demokratischen Psychiatrie, etwa analog der britischen Anti-Psychiatrie, ist aber dennoch nicht entstanden. Und die Suche nach einer generellen Erklärung des Phänomens Geisteskrankheit und seiner Genese wird von vielen Praktikern der Neuen Linie überhaupt abgelehnt. Etwa mit Argumenten, wie sie der Triestiner Psychiater Ernesto Venturini am ra-

dikalsten formuliert:

„Unsere Bemühungen gehen dahin, den Aspekt der Krankheit zu banalisieren und das Leiden auf eine viel konkretere Ebene zu bringen. Auf die Ebene der Bedürfnisse; der primären Bedürfnisse nach Marx, aber auch der von der 68er Bewegung formulierten Bedürfnisse: Lebensqualität, menschliche Beziehungen. Unser Ansatz ist kein ‚wissenschaftlicher‘ Ansatz. Darum ist es uns wichtig, für und mit dem Patienten die Bedingungen zu schaffen, damit er sich möglichst autonom bewegen kann: Wohnung, Arbeit, Geld. Wir halten das für wichtiger, als etwa in seiner Jugend herumzustöbern um herauszufinden, warum er so oder so reagiert. Wir lehnen nicht nur die traditionelle Psychiatrie ab, sondern jede Art von Psychiatrie, denn auch wenn sie sich ‚demokratische‘ oder ‚Anti-Psychiatrie‘ nennt, macht sie

die Psychose zum entscheidenden Merkmal eines Menschen. Sie läuft immer auf diese Psychiatisierung hinaus, die Reduktion einer Persönlichkeit auf ein einziges Phänomen. Und sie ruht immer auf dieser undialektischen Beziehung, die den Patienten zum Objekt macht.“

Besteht angesichts dieses theoretischen Vakuums nicht die Gefahr, daß

die italienische Alternative in ein blindes Herumtasten mündet? Oder noch schlimmer: Daß diese Bemühung auf dem Buckel der Patienten schließlich nichts anderes wird, als eine neue, wenn auch humanere Technik der sozialen Kontrolle?

Italiens Psychiatrie-Reformer meinen: Nein. Sie haben zwar kein fertiges Rezept parat, das es nur noch in die Praxis umzusetzen gilt. Aber sie haben an die Stelle eines theoretischen

Überbaus eine andere Kontrollinstanz gesetzt; sie nennen sie „Verifica“. „Verifica“ heißt: die dauernde, tägliche kritische Überprüfung der eigenen Praxis durch alle am

Prozeß Beteiligten und an Hand genau umrissener Kriterien.

Genau umrissene Kriterien – also doch ein theoretischer Hintergrund? In gewissem Sinn ja – aber es ist nicht die Theorie einer psychiatrischen Technik, sondern die Theorie einer psychiatrischen Praxis. Denn es geht den italienischen Alternativpsychiatern nicht darum, Instrumente richtig oder falsch einzusetzen, sondern darum, einen in Gang gebrachten Prozeß richtig zu steuern. Das Ziel dieses Prozesses heißt Emanzipation, und zwar die Emanzipation aller, die daran teilnehmen, ob als Patienten, Pfleger oder Ärzte.

Knastalltag: Zensurierte Post

EIN GEDICHT VON PETER

PAUL ZAHL UND DIE REAKTION

EINES ERMITTLUNGSRICHTERS

AM BUNDESGERICHTSHOF

Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes
I BJs 5/76
II BGs 216/76

Beschluß

In dem Ermittlungsverfahren gegen

Klaus Wilhelm D orff, geboren am 24. Juni 1950 in Köln, z. Zt. in Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt Köln,

wegen

Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz u. a.

wird nach Anhörung des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof gemäß § 119 StPO angeordnet:

Der Brief von Frau Gaby Weber, Wolfstraße 6 in 5300 Bonn vom 24. Juni 1976 ist dem Beschuldigten auszuhändigen. Die beiden dem Brief beigefügten Anlagen werden von der Aushändigung ausgeschlossen. Die Abschrift eines »Gedichtes« über § 129 StGB ist der Absenderin zurückzusenden, die Ablichtung eines Beschlusses des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes vom 16. Juni 1976 mit Beschriftung und Kritzeleien wird vorerst sichergestellt.

Gründe:

(...)

Dem Brief ist ferner ein »Gedicht«

»Paragraph 129 StGB (Kriminelle Vereinigung)«

beigefügt, durch das der Straftatbestand der »Bildung krimineller Vereinigung« ins Lächerliche gezogen werden soll.

Derartige Schriftstücke sind gemäß § 119 Abs. 3 StPO i. Verb. mit Nr. 34 Abs. 1 Nr. 3 und 4 UVollzO von den Haftanstalten fernzuhalten. Das sogenannte »Gedicht« wird der Absenderin zurückgegeben. (...)

Ausgefertigt

Kuhn

Richter am Bundesgerichtshof

§ 129 StGB (kriminelle vereinigung)

mit dir
will ich mich
vereinigen
wenns sein muß
»kriminell«

ist »kriminell«
wenn du oben und ich unten

ists wenn wir auf dem tisch
auf dem teppich im gras in der tenne

wenn wir seitlich
von hinten von vorn griechisch
französisch auf wippendem drei-meter-brett
in der badeanstalt

unter den augen
der eltern der kinder des kgb
im nachthemd im schlafanzug
mit lederhosen im wald
unter rosen im hag

in der badewanne
auf sesseln auf einem tandem
im auto im beichtstuhl
in meiner zelle im knast

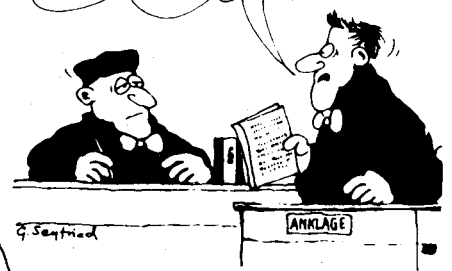
im schlafwagenabteil
des interzonenzugs paris-moskau
im gerichtssaal im bundestag
in der tagesschau unterm funkturm

oder ists »kriminell«
ohne trauschein auf dem trip
auf der siegessäule
im mondlicht am strand

in der sonne auf dem land
in einer kreuzberger mansarde
in sojus 5 apollo vierzehn
in der hängematte an einen baum gelehnt?

auf jeden fall
mit dir
werd ich mich
vereinigen
wenns sein muß
(herr staatsanwalt)
»kriminell«

... DA DER ANGEKLAGTE DURCH EINEN VERTEIDIGER SEINER WAHL VERTEIDIGT WIRD, ERHEBE ICH ZUSÄTZLICH ANKLAGE WEGEN KRIMINELLER VEREINIGUNG...



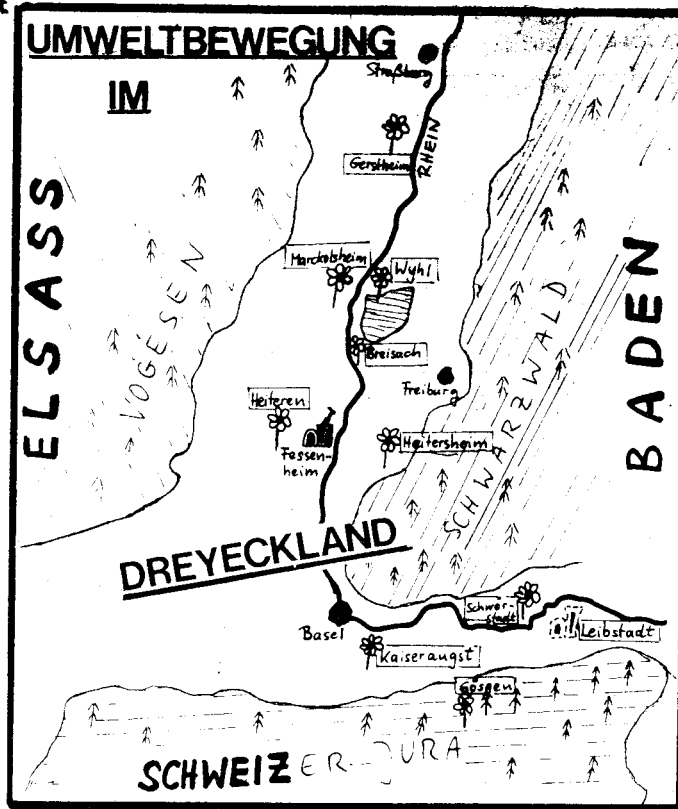
G. Seyfried

Das "Dreyecksland" gibt es nicht; es ist nur eine Illusion. Man kann doch diese drei benachbarten Ecken von drei europäischen Nationalstaaten nicht als etwas Einheitliches, als ein Land sehen (Baden, Elsass, Nordwestschweiz). DREYECKLAND ist die Idee einer politischen und kulturellen Einheit, vielleicht auch einer sozialen Einheit. Ein Gebilde, in dem es kein Oben und Unten nichts Fremdes, nichts Bedrückendes, nichts Widersprüchliches gibt, nichts Verseuchtes, Vergiftetes, nichts Erstunkenes und Erlogenes, keine Betrogenen und Betrüger gibt!

Nicht Ermordete, ins Gefängnis Geworfene, nicht Dumme, Gemeine, Selbstsüchtige, Machtbesessene soll es in diesem Idealland geben.

Faktum jedoch ist:

Die Deutschen, und damit auch Leute aus Baden haben das Elsass schwer mit Krieg, Leid und Mord überzogen. Das kann ein fühlender Elsässer nie, nie vergessen. Angehörige, Eltern, Onkel, Grosseltern der heutigen Nachkriegsgeneration sind von machtbessenen Maxi- und Mini-Hitlern in den Tod geschickt worden, entweder an die Kriegsfrent in Russland oder ins Konzentrationslager Schirmeck in den Vogesen.



mer sen xen
mer kenntes
mol wédder
ware
mer brichtes
nume
ze welle



wir waren
einst
wir könnten
es wieder
werden
wenn wir
es nur
wollten



nous avons été
jadis
nous pourrions
le redevenir
un jour
encore
faudrait-il
le vouloir

André Weckmann

Dreyeckland — Wo liegt das ?
Dreyeckland — Was soll das ?
Dreyeckland — Wer will das ?

Faktum ist:

im heutigen Baden auch folgendes Gespräch an einem Stammtisch im Kaiserstuhl:

*Dr Hitler war im grösse ganze scho recht! *-

*Aber die sechs Millione(Jude)Menschen (!), wu si in dr KZ damals umbrocht hän, isch des im grosse ganze recht gsi -*Jude gehöre umglegt! Die Terrorische, wu dert an dr Wand hänge(Fahndungsplakat)gehöre au umglegt. A kleine Hitler meässt wieder her! Stell dir vor, du gehsch mit Frau un Kind iber d' Stross un do knallt sie einer um... *

Mit uns am Tisch sass noch ein junger Elsässer vor seinem abgestanden

Bier. Er hatt lange geschwiegen. Schliesslich hielt es ihn nicht mehr: * Wenn du saasch, dr Hitler isch racht gsi im grosse ganze, no datsch du au sage, er het racht gha, wu ner mini zwei Onkel im KZ in Schirmeck umbroocht het! *-

*Des isch mir egal, *sagte einer der Maurer. *Für Arbet het er gsorgt! *

Kein Wort hier ist jetzt gelogen. So hat es sich am Samstagabend 26. November 77 in einem badischen Wirtshaus zugetragen (Am Vorabend des Jahrestages der schrecklichen Bombardierung Freiburgs vor 33 Jahren)

Und hier an diesem Oberrhein soll es so etwas wie eine *Dreyeckland*-Idee geben?

Trotz aller furchtbaren Erfahrungen im Elsass und trotz vieler Neo- und Ewig-Nazis an badischen Stammtischen gibt es inzwischen ein *MARCKOLS-

HEIM*, ein *WYHL*, ein *KAISER-AUGST*, ein *GERSTHEIM*, ein *HEITERTEREN*, was wie ein Lichtblick in dieser jüngeren, recht dunklen oberrheinischen Geschichte erscheint.

Rufen wir uns den Ursprung dieser jungen Geschichte des Dreyecklandes wieder ins Bewusstsein. 1974 wollte sich eine deutsche Bleichemiefirma aus München beim elsässischen Marckolsheim niederlassen und für kräftigen Gift- und Profitausstoss sorgen. Die eigentlich zu recht deutsch-feindlichen Elsässer schlugen eine Brücke zu den über dem Rhein wohnenden badischen Nachbarn, die ja ebenfalls Schlimmstes von dieser deutschen Industrieansiedlung befürchten mussten. Es folgt die gemeinsame Platzbesetzung. Als der elsässische Präfekt die badischen Besetzer nicht mehr über die Grenze bei Sasbach kommen lassen wollte, ist die Folge: Gemeinsame Brückenbesetzung bei Sasbach/Marckolsheim und Breisach/Neubreisach(siehe dazu das *Bruckelied*von Walter Mossmann im

Liederbuch*Die Lieder von Wuhl etc. * S. 66)

Dann folgte, wenige Monate später Wuhl gleichzeitig fast der Abzug der Bleifirma aus Marckolsheim, dann die Platzbesetzung in Kaiseraugst/Nordschweiz usw.

Es geht nun munter hin und her, auch kulturell. Die Sänger, Dichter und Theatergruppen haben seither auch beide Rheinseiten im Blick. So kam auch der Elsässer Francois Brumt auf das im zweiten Wuhl-Buch abgedruckte Lied und auf den nicht rückwärts gewandten, sondern ganz aktuellen und vor allem vorrausschauenden Titel *Dreyeckland*.

Er holt sehr weit historisch aus, um einen Bogen zu Heute zu schlagen(von den alten Römern am Oberrhein bis zu der heute *kochenden Suppe* im Oberrheintal. Es ist eine Suppe in vielerlei Hinsicht. Wir machen uns da nichts vor. Faktisch sind es drei Nationalstaaten, die am Hoch- und Oberrhein aneinander grenzen, und deren offiziellen Kontakte miteinander *Aussenpolitik*sind. Daher auch ihr Sprachgebrauch *Dreiländered*. Francois hat aufgrund neuerer Kontakte auf inoffizieller und menschlicher Ebene, sprich: Von Rheinnachbar zu Rheinnachbar, den herrschenden Begriff umgedreht, und damit einer neuen wichtigen Tatsache einen Namen gegeben.

Klitze-Kleine, winzige

KLEINANZEIGEN

Suche 3-4-Zimmer-Wohnung in Freib.
Andrea/Susanne Brigitte
Tel. 74433

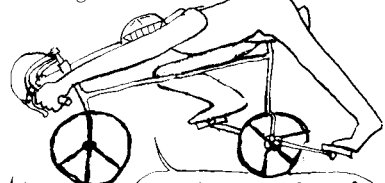
Verkaufe Wersi Orgel 248, trans-
portabel, 2-manual, 9-chörig, 1950
2400.- Leslie (orig.) 1200.-
1700.- Rolf Buchty, Am Herbolzweg

Wir haben in einer 9-Zimmer-Wohnung
in Hochdorf noch ein Klavier frei.
Wir sind zu irrtümlich verkauft ein
Haus ab 1.1.78. Wir suchen ein KAMM-
schrank, Nähmaschine, Matratzen
Wer transportiert Klavier von FR
nach Hochdorf am 1.8.78 (Erstent!)
oder später perterre? Wer kann Klav-
ier stimmen? Raft an bei Anne Stärk
Tel. 07665/3063

Klavierunterricht teilt für
15.- pro Stunde Thomas Weth
Vogesenstr. 1, 7801 Vörsstetten,
Tel. 07666/4985

Wer braucht Nachhilfe in Englisch
oder Deutsch? Wer kann sich wenden
an Michael Schulz, Belfortstr. 48
Tel. 23036 Preisvorstellung 15 B.-

Jetzt auch günstige Fahrradversi-
cherungen.



H.P. Schwarz
Tel. Nr. 26255
Postfach 1531

Biete billig VW 1600 cc (BJ 67)
TUV Mai 78. Für 1100 € wenn Schweiß-
arbeiten am Boden nötig. Ansonsten
einzig wirkliche Macke - außer
Rheuma in der Tür - kaputter Len-
kungsdämpfer (Reparatur ca. 100 €.)
Vielleicht was für jemand, der mit
gear Leuten ne größere Reise vor-
hat (AT-Motor, bisher ca. 40.000 km
erststandslos ohne Rep. gelaufen.)
Am besten anschauen bei Walther
Heipertz, Basinsstr. 107, Tel. 75908

Suche emotionale Frauen und Männer,
die ein ernsthaftes Interesse haben.
(auch anpacken, nicht nur reden
wollen), in Freiburg einen hand-
werklichen Dienstleistungsbetrieb
aufzubauen. Ich denke dabei an so-
was Ähnliches wie die AAO-Multi-
Service-betriebe. Wer hat Lust,
sich so eine gemeinsame Existenz-
grundlage zu schaffen? Lernen kann
mann/frau jedes Handwerk. Ich kann
schon ein bisschen was. Bernhard
Tel. FR 62671

♀ sucht Zimmer
in WG! Cornelia
Tel.: 26586

WIR QUARK
MACHT STARK



Wer hat Mut?????????
Wir suchen einen sechsten Mann für
unser Haus in Opfingen!!!
==HÄRTESTGARANTIE==
Tel.: 07664/2294

Suche ziemlich dringend Zimmer in
einer Wohnge...inschaft. Pete/Kaiser-
Josefstr. 284 1.St. Tel.: 26721

Wir sind dem Christkind vorausgeeilt.
auch der Bescherung,
(die war schon längst!)
einen Tag vor Heiligabend, war es so
weit. Nun sind wir da, bringen nix
mit als uns.

Aber Moment mal, hei, ta deli, ei, ei
wir sind Kollektiv fast 12 Pfund,
(das soll uns einer nachmachen)
46cm u. 49cm und gesund.

Bisher können wir nur kwacken,
und in die Rosen kacken,
Von diesen sind auch reichlich da,
doch sonst brauchen wir noch Mate-
rial, z.B. einen BMW (Buben- & Mäd-
chenwagen).

Es wird sich zeigen, ob es uns hier
gefällt;
man schickt uns einfach in die Welt
(Anm.d.Red.: Planen!)
Wir dürfen nicht verzagen
(Rudi Ratlos fragen!)
aber wir müssen um viele Dinge
fragen

Mutter und Vater wurden gestellt,
doch für die Flaschen ein Wärmer
uns fehlt.

Liebe Leut laßt uns nicht allein:
schickt uns eure Sachen ein!
Katrin (23.12.77, 16.14 Uhr)
Simon (23.12.77, 16.19 Uhr)
Tel.: 85967, Türkheimerstr.6

Ab Januar ist bei uns wieder ein
(kleines) Zimmer für 2en Mitbewohner
frei. WG Klarastr. 57 Tel. 275270
(ab 9.1.78) Schon wieder in Ferien!!!
(Anm. der Redaktion)

zu verkaufen: 1 Fahrrad. Anzuschauer
bei H. Busch, Egonstr. 39

Möchte gern mit Frauen zusammenwohnen
Falls keine Wohnung da, können wir
gemeinsam suchen. Tagsüber zu errei-
chen im Buchladen Jos Fritz,
Wilhelmstr. 15, Tel. 26977, EVA

Schwangere gemeinsam sind stark!
Ich suche andere schwangere Frauen,
die Lust haben, eine Gruppe zu mach-
en (Austausch von Erfahrungen,
Hausgeburten...) Evelyne Tel. 75941

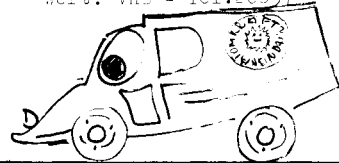
Zun im Januar anlaufenden Prozeß
gegen Rolf Ponge hat das Kollektiv
Rote Hilfe, München eine Dokumenta-
tion herausgebracht. Ihr könnt für
DM 2.- plus Versandkosten bei Kollektiv
Rote Hilfe c/o Stadtteilzentrum
Milbertshofen, Nitzschestr. 7b
8000 München 40, bestellen.

*** ASIEN überLand mit ***
Intercontinental-Bus-Christoforus
Zürich-München--Abfahrt: 7. März
bis Katmandu (zwei Monate) mit Campings,
Ausflügen und längeren Aufenthalten
unterwegs, in Afghanistan, Indien und
NEPAL. Preis: 650.- (einfach)
Hin- und Retourenfahrt (4 1/2 Monate): 1200.-

Information und Anmeldung; persönlich
oder schriftlich bei:
* ARMADILLO - LADEN *
* BÄCKERSTRASSE 56 *
* CH - 8004 ZÜRICH *
* * * * *

Und am 5. September 1978: Zürich-GOÄ
so fährt man mit, mit Abenteuerlust
Intercontinental-Bus-Christoforus*
Kinder ***** Gratis

Ich möchte meine Ente verkaufen.
Sie ist sechs Jahre alt, ideeller
Wert: unbezahlbar; praktischer
Wert: VHS - Tel. 26837



Krankenpfleger sucht -Zimmer für
vier Monate ab Februar '78
Harald Roser, Im Entennest 16
7834 Herbolzheim, Tel. 07643/6315

WER will aufs LAND?
Wir tauschen unser 9-Zimmer-Haus
& Komm vor und zurück gegen äh-
nliche Wohnmöglichkeit in der Stadt.
(oder, hä?) oder (oder Wähe?).
Das Gemäuer steht in Holzhausen,
Gartenstraße 3
Tel. 07665/1527
(Anm.d.Red.: durchhalten!)

Suche Zimmer in WG - bitte melden
bei Birgit, Tel. 2014254

Verkaufe VauWeb 1200, optisch
miserabel, Motor gut (30 PS);
Schalmerai-geprüft; schwarz,
gute Reifen; geschätztes Alter
23 Jahre. WB 150,50 DM
No TV today: Karlheinz Jerdal
7821 Eisbach, Unterer Herren-
berg 6



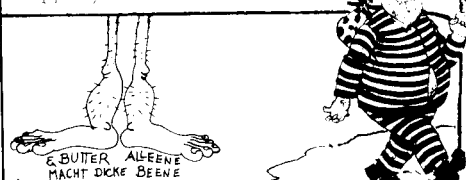
Weibl. Stud. ab zum SS 78 WG in FR
od. außerh.. Interess. an biol.
Ernähr. u. evtl. Arb.. Schreibt
ball. ich ko. dann im Febr. in FR
vora.! Sabine Kraschutski
c/o Wohlhausen, Chemin des Egro-
fins, 77610 Neufrouillers en Brie
Frankreich. Sa. außerd. 1 Fahrrad!

4 Winterreifen für Kfz (5.60/15)
(N & S) suchen neuen Besitzer.
Bus. DM 40.- Tel. 56826

Wer verkauft Es-Alt-Saxophon und
oder Es-Alt-(Walt)-Horn?
Joachim Krauß, Im Bommstein 21
7801 Hugstetten, Tel. 07635/2765

Wir suchen zwei gebrauchte Karate-
Anzüge, ca. Größe 40/42. Waltraud
und Dagmar, Tel. 274762

Verkaufe bunte Luftballons, mit auf-
gedrucktem Zeichen:
"STOP ATOMENERGIE" Preise: Probe-
ballon für 0,50 DM+Rückporto, 100 Stück
für DM 6.-, 50 Stück für 13.-, und
nun das allerbilligste Angebot:
100 Stück für 22.-. Alles inklusive
Porto u. Verpackung (selbstverständl.
ohne Luft) Bestellungen an: Lauff,
Ewaldstr. 139, 4352 Herten.
Leute kauft Euch lieber Luft in Pos-
en, ROSEN; kein Aufblasen der
CHARAKTERLOSEN! (anm.: Pyramus und
Tippse)



SCHÜSST!

Der Name ist gut. - Machen wir also Fleisch an diesen Knochen!

Aber nun wieder zurück in das Wirtshaus am Kaiserstuhl. Was juckt diese vier Maurer am Stammtisch das *Dreyeckland*? Versöhnung über die Rheingrenze? An einer neuen Freundschaft bauen? Einer von ihnen erzählte, dass er mal mit Kollegen in Colmar in einem Wirtshaus war. Und wie es sich so ergibt, fängt man an zu singen. Sie sangen Lieder, die sie bei der Bundeswehr gelernt hatten. Die jungen Elsässer konterten mit französischen Militärliedern. Die Stimmung im Gast-



raum wurde immer gereizter. Plötzlich flogen Bierflaschen. Die *Deutschen* verliessen schnellstens das Lokal und waren froh, als sie endlich bei Breisach über der Grenze waren- nie mehr ins Elsass!

So schilderte uns dieser junge Badener sein Elsass-Erlebnis und- im Laufe des Abends verliessen wir, zwei Badener und Pierre aus dem Elsass, ebenfalls fluchtartig dieses Bädische Wirtshaus, weil uns- wie anfangs schon angedeutet- der mal totgeglaubte Hitlerfaschismus mit jungen deutschen Augen anblickte und unsere Dreyeckland-Idee fast zum Einfrieren brachte.

GRUNDSÄTZLICHES zum LOCH

Eine kritische Auseinandersetzung (K. Tucholsky)

Das Merkwürdigste an einem Loch ist der Rand. Er gehört noch zum Etwas, sieht aber beständig in das Nichts, eine Grenzwahe der Materie.

ERICH FRIED

Bekenntnis zur Verwurzelung in der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft

Ich glaube an die freiheitlich-demokratische Gesellschaft

Glaube an die freiheitlich-demokratische Gesellschaft!

Der Glaube an die freiheitlich-demokratische Gesellschaft macht selig

Der Glaube an die selige Gesellschaft macht freiheitlich demokratisch

Der Glaube an die selige Freiheit macht die Gesellschaft demokratisch

Der Glaube an die Seele der Gesellschaft macht die Demokratie frei

Der Glaube an die Freiheit der Demokratie macht die Gesellschaft selig

Die Freiheit der demokratischen Seele macht die Gesellschaft gläubig

Wers glaubt wird selig

Wers nicht glaubt wird noch schneller selig

Wir lassen uns den Frauenkalender "Tag für Tag" nicht kaputt machen !

Alice Schwarzer und Ursula Scheu, Mitredakteurinnen des 1. lila Frauenkalenders haben einen gerichtlichen Beschluss erwirkt, der dem Kalender für Frauen TAG FÜR TAG unter Androhung einer halben Million Strafe untersagt, inhaltlich zu dem Kalenderkonflikt Stellung zu nehmen.

WAS WAR GESCHEHEN?

Wie ihr wisst, gibt es in diesem Jahr zwei Frauenkalender, den einen in lila-wie gehabt; den andern in blau-silber-rot mit dem Titel TAG FÜR TAG, Kalender für Frauen.

Ausgangspunkt für die Entstehung des zweiten Frauenkalenders war die Auffassung zweier Redakteurinnen, den Frauenkalender tatsächlich zu einem Forum der Frauenbewegung machen zu wollen: das heisst die Beteiligung vieler Frauen und Frauengruppen sowohl an der inhaltlichen Gestaltung als auch an den Entscheidungen über Herstellung, Verbreitung und Finanzen- entgegen der bisher praktizierten Verfügungsgewalt der 4-5 Redaktionsfrauen.

Es kam zur Spaltung des Redaktionskollektivs und im folgenden zu langwierigen Verhandlungen über die Geld- und Titelfrage. Alice Schwarzer und Ursula Scheu durften - laut einem daraufhin geschlossenem Vergleich - den Titel Frauenkalender benutzen und verpflichteten sich 50 000.-DM an die beiden anderen Redaktionsfrauen zu bezahlen, mit dem diese den neuen (blau-silber-roten) Kalender finanzieren wollten. Nach der ersten Rate in Höhe von 10 000.- DM wurde nichts mehr überwiesen.

Anstatt das Geld zu überweisen, das dringend für die Finanzierung des neuen Kalenders gebraucht wird, setzten Alice Schwarzer und Ursula Scheu nach dem Erscheinen dessen die oben genannte einstweilige Verfügung durch und kündigten einen Monat später obendrein durch ihre Rechtsanwälte Schadenersatzklage an.

Schadenersatz fordern sie für eine an Frauenzentren und Frauengruppen verschickte Information über den Kalenderkonflikt, wie sie auch in der COURAGE Nr. 8 abgedruckt wurde. Sie betrachten diese Aufklärung als "geschäftsschädigendes Verhalten".

All dies heisst für uns nichts anderes - der neue Frauenkalender soll verhindert werden, indem der Geldhahn abgedreht wird
- Frauenprojekte, die eine mögliche Konkurrenz darstellen, sollen kaputtgemacht werden
- notwendige Auseinandersetzungen innerhalb der Frauenbewegung werden nicht inhaltlich und öffentlich ausgetragen, sondern von bürgerlichen Gerichten entschieden.

Wir sind der Meinung, dass ein solches Vorgehen deutlich macht, dass es Alice Schwarzer und Ursula Scheu mehr um pure Geschäftsinteressen als um die Interessen der Frauenbewegung geht.

Wir bitten um Unterstützung, indem ihr
- alle den neuen Frauenkalender kauft
- die bestellten Kalender sofort bezahlt
- spendet und Kredite gebt:
PschA BlnW 377008-103
Gabriele Parr, Gitsinerstr. 95-96
1 BERLIN 61

KALENDER-KOORDINATIONS-GRUPPE

Das Loch ist der ewige Kompagnon des Nicht-Lochs: Loch allein kommt nicht vor, so leid es mir tut. Wäre überall etwas, dann gäbe es kein Loch, aber auch keine Philosophie und erst recht keine Religion, als welche aus dem Loch kommt.

Grössenwahnsinnige behaupten, das Loch sei etwas Negatives. Das ist nicht richtig: der Mensch ist ein Nicht-Loch, und das Loch ist das Primäre.

Ein Loch ist da, wo etwas nicht ist.

Warum gibt es keine halben Löcher-?

PETER MAIWALD

Standpunkt

Nachdem der Herr im Hause zum wiederholten Male seinen Standpunkt vertreten hatte (der hiess: Die Unternehmerwirtschaft ist unantastbar), forderte B. die Kollegen auf, die Unternehmerwirtschaft nicht anzutasten, und der Betrieb stand still.